



**Protokoll der 14. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 28. November 2012, 16:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Herbert Vetter

Namensaufruf: 32 anwesende Mitglieder

Entschuldigt später eingetroffen: Gemeinderatsmitglieder Lisa Landert (16.35 Uhr), Marcel Epper (17.15 Uhr), Peter Wildberger (17.45 Uhr)

Entschuldigt: Gemeinderatsmitglieder Mathias Frei, Pascal Frey, Stefan Geiges, Christoph Tschanen und Mario Weber

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Jost Kuoni

- - -

Traktanden

- 73 Mitteilungen
- 74 Protokoll der Sitzung vom 3. Oktober 2012
- 75 Wahl von einem Ersatzmitglied der Flurkommission
- 76 Finanzplan 2014 - 2016 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, Diskussion, Kenntnisnahme

- 77 Voranschlag der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2013, Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
 78 Einfache Anfrage "Vorgehen Stadtbuss" von Gemeinderat Robert Zahnd; Einreichung

- - -

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Ich begrüsse Sie heute ganz herzlich zu unserer letzten Ratssitzung in diesem Jahr. Man merkt es gut, dass es Richtung Adventszeit geht. Die 'Chilbi' auf dem Marktplatz ist im Aufbau, die Läden überbieten sich mit Angeboten, die städtische Weihnachtsbeleuchtung ist installiert und der Schnee ist ebenfalls im Anmarsch.

Heute steht uns eine lange Sitzung bevor. Wie üblich werde ich deshalb nach zirka 1,5 Stunden eine kurze Pause einschalten. Neben Getränken werden Sie durch einem 'Elggerma' gestärkt. Ich hoffe, es wissen alle, was ich damit meine. Für Ratsmitglieder, die wie ich nicht im Kanton Thurgau aufgewachsen sind, habe ich mich bei Wikipedia schlau gemacht, was so ein 'Elggermaa' ist. Dort steht unter anderem Folgendes: In der Schweiz heisst das Gebäck 'Grittibänz' oder nur 'Teigmännli', in Basel 'Grättimaa' und im Thurgau eben 'Elggermaa'. Bei unseren nördlichen Nachbarn wird das Gebäck übrigens als 'Stutenkerl' oder 'Stutenmännchen' bezeichnet.

Wie auch immer wir das Adventsgebäck nun nennen - bevor wir uns dem Gebildebrot aus Hefeteig zuwenden können - haben wir noch viel Arbeit vor uns."

Der **Ratspräsident** stellt nach erfolgtem Namensaufruf fest, dass 32 Ratsmitglieder anwesend sind. Gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements ist der Rat somit beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Die rechtzeitig zugestellte Traktandenliste wird zur Diskussion gestellt. Das Wort dazu wird nicht ergriffen und somit gilt diese als stillschweigend genehmigt.

73

MITTEILUNGEN

73.1 Rücktritt von Gemeinderätin Lisa Landert

Leider muss der **Ratspräsident** auch an dieser Sitzung einen Rücktritt bekanntgeben, nämlich denjenigen von Gemeinderätin Lisa Landert. Diese hat beim Stadtrat ihren Rücktritt per 31. Dezember 2012 eingereicht. Das Nachfolgeverfahren ist durch den Stadtrat eingeleitet worden.

73.2 Einfache Anfrage betreffend "Vorgehen Stadtbus" von Gemeinderat Robert Zahnd

Gemeinderat Robert Zahnd hat an der heutigen Sitzung eine Einfache Anfrage zum Thema "Vorgehen Stadtbus" eingereicht. Diese wird an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

Der Text der Einfachen Anfrage ist wie üblich am Schluss des heutigen Ratsprotokolls angefügt.

73.3 Abstimmungsergebnis

Die Frauenfelder Bevölkerung hat letzten Sonntag den Rahmenkredit über 9 Mio. Franken für die Beteiligung an der Swisspower Renewables AG mit 2'092 Nein zu 2'090 Ja äusserst knapp abgelehnt. Die Stimmbeteiligung betrug 28%.

73.4 Einladung Verabschiedung Vormundschaft

Auf den Tischen der Ratsmitglieder liegt eine Einladung zur Verabschiedung der Vormundschaftsbehörde und des Vormundschaftssekretariat der Stadt Frauenfeld auf, die am Donnerstag, den 13. Dezember 2012, Beginn 17.00 Uhr, im Grossen Bürgersaal stattfinden wird.

73.5 Verdankung zurückgetretene Ratsmitglieder

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt in der Grippezeit kann krankheitsbedingt schon mal ein Platz in unseren Reihen leer bleiben. Als Gemeinderatspräsident obliegt mir heute aber einmal mehr die Pflicht, zwei geschätzte Kolleginnen und einen geschätzten Kollegen zu verabschieden, die ihren Platz in unseren Reihen für immer räumen werden. Ich bedauere diese Abgänge umso mehr, als damit auch immer viel Politerfahrung unseren Rat verlässt. Ändern kann ich die Situation aber leider auch nicht.

'Alter vor Schönheit' - ich beginne bei dir, Markus. Du tratest am 1. November 2009 die Nachfolge von Sybille Kaufmann an. 38 Monate später verlässt du uns wieder. Seit deinem Ratseintritt hast du in der Vormundschaftsbehörde mitgewirkt, seit April 2010 zudem in der GPK Gesellschaft und Sicherheit. Ich habe dich seither sowohl in unseren Ratsreihen als auch als Fraktionskollegen sehr schätzen gelernt. Vielen Dank, dass du dafür deine Zeit geopfert hast.

Über Alter oder Schönheit möchte ich bei zwei weiteren Ratskolleginnen in keiner Weise werten, auch wenn eine davon noch nicht anwesend ist.

Ich fahre mit dir weiter, liebe Ruth. Im Frühling 2003 wurdest du in den Gemeinderat gewählt. Am 1. Juni 2003 tratest du deinen Dienst für das Frauenfelder Gemeinwohl an. Seither giltst du als 'Panachierkönigin', wirst über die Parteigrenzen hinweg geschätzt. Neuneinhalb Jahre warst du in der Fürsorgebehörde und dreieinhalb Jahre in der Vormundschaftsbehörde. Während fünfeinhalb Jahren hast du in der Fachkommission für Kulturförderung und als städtische Delegierte beim Zweckverband 'Perspektive' deine Spuren hinterlassen. Ich wünsche dir viel Erfüllung in deiner neuen Freizeit.

Dann kommen wir last but not least zu Lisa Landert, der jüngsten Frauenfelder Gemeinderatspräsidentin. Auch wenn sie nicht hier ist, spreche ich sie trotzdem an, damit sie dies nachträglich noch im Protokoll nachlesen kann. Liebe Lisa, am 19. April 2005 tratest du in die Fussstapfen von niemand geringerem als Stadtrat Urs Müller. Und du hast diese Fussstapfen gut ausgefüllt. Als Höhepunkt kannst du dein Präsidiumsjaar 2010/2011 aufführen. Zuvor warst du turnusgemäss auch Vizepräsidentin. Dazu warst du zwei Jahre lang in der GPK Gesellschaft und Sicherheit, hast während vier Jahren in der GPK Bau Werke Umwelt mitgestaltet und warst als aktive und erfolgreiche Basketballerin während sieben Jahren sinnvollerweise auch Mitglied der Fachkommission für Sport. Liebe Lisa, ich freue mich, wenn du auch in Zukunft in irgendeiner Art ein paar Körbe für Frauenfeld wirfst. Merci vielmal auf jeden Fall mal."

73.6 Verdankung Finanzchef Ruedi Studer

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, auch den langjährigen Finanzchef Ruedi Studer zu verdanken. Ruedi Studer ist am 1. Mai 1980 unter dem damaligen Stadtammann Hans Bachofner in die Stadtverwaltung Frauenfeld eingetreten. Unter seiner Leitung war die Stadt Frauenfeld bereits 1982 als Versuchsgemeinde für das noch heute gültige Rechnungsmodell HRM1 im Einsatz, das nun in den nächsten Jahren durch ein neues, nämlich das HRM2 abgelöst wird. Ruedi Studer hat sich im Rahmen seiner Tätigkeit immer für gesunde Finanzen der Stadt Frauenfeld eingesetzt und diesen Sorge getragen. Die einzige 'Auszeit', die er sich jeweils gönnte, war seine Teilnahme als aktiver Piccolospieler an der Basler Fasnacht, die er sich als 'Heimwehbasler' nicht entgehen lassen wollte. Daneben fasziniert ihn auch die Fliegerei und wenn er vielleicht noch einen anderen Traumberuf als den des Finanzchefs hätte wählen können, dann wäre dies wahrscheinlich derjenige als Pilot gewesen. Vielleicht ist auch dies ein Grund dafür, dass es dank seiner Umsicht und seinem Fachwissen nie zu einem Absturz der städtischen Finanzen gekommen ist. Der Gemeinderat konnte sich im Rahmen der Rechnungsablagen und Budgetberatungen immer auf fundierte, umfangreiche und detaillierte Unterlagen verlassen und auf die fachkundigen Auskünfte des Finanzchefs abstützen. Wir wünschen Ruedi Studer für die Zukunft alles Gute, viel Gesundheit und Befriedigung in seinem dritten Lebensabschnitt."

74

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 3. OKTOBER 2012

Beim Büro sind keine Korrekturen eingegangen und es sind auch keine Wortmeldungen aus dem Rat zu verzeichnen. Somit gilt das Protokoll als stillschweigend genehmigt und wird dem Ratssekretär verdankt.

75

WAHL VON EINEM ERSATZMITGLIED DER FLURKOMMISSION

(Nachfolge von Christian Mader, Fraktion FDP/SVP/EDU)

Der **Ratspräsident** hält fest, dass nach Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements eine offene Wahl stattfinden kann. Dagegen werden keine Einwände geltend gemacht.

Namens der Fraktion FDP/SVP/EDU schlägt **Gemeinderat Bruno Diethelm**, in Nachfolge von Gemeinderat Christian Mader, Gemeinderat Andreas Elliker vor. Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet.

Ergebnis der offenen Wahl:

Gemeinderat Andreas Elliker wird mit sofortiger Wirkung einstimmig, mit Enthaltung des Gewählten, für den Rest der Legislaturperiode 2011/2015 als Ersatzmitglied der Flurkommission **gewählt**.

Der **Ratspräsident** gratuliert Gemeinderat Andreas Elliker herzlich zur Wahl und wünscht ihm ein gutes Augenmass im neuen Amt.

76

FINANZPLAN 2014 - 2016 DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK*Diskussion, Kenntnisnahme*

(Botschaft Nr. 14 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 2. Oktober 2012)

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: " Die Finanzpläne finden sich wie folgt:

- Stadt: Zuvorderst im Budgetordner;
- Werkbetriebe: Griff 8, Untergriff 4;
- Alterszentrum Park: Griff 9.

Traditionellerweise nimmt der Gemeinderat den Finanzplan nur zur Kenntnis. Diskutiert darf jedoch trotzdem werden.

An dieser Stelle möchte ich Sie wieder einmal darauf aufmerksam machen, dass Sie Ihre Manuskripte in die dafür vorgesehenen Kistchen legen. Sie erleichtern damit dem Ratssekretär seine Arbeit sehr. Besten Dank, und nun ist das Wort offen."

Gemeinderat Matthias Hotz, Präsident der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Zuerst widmen wir uns heute wiederum den längerfristigen Finanzplänen für die Jahre 2014 bis 2016 der Stadt und ihrer Betriebe, bevor wir uns den konkreten Voranschlägen für das nächste Jahr zuwenden.

Auch wenn ich mich jedes Jahr etwas wiederhole, möchte ich mich zuerst kurz zur Bedeutung des Finanzplans äussern. Der Finanzplan ist ein Arbeitspapier des Stadtrats, das wir - wie wir eben auch wieder vom Ratspräsidenten gehört haben - im Gemeinderat lediglich zur Kenntnis nehmen. Die Finanzpläne in der Stadt Frauenfeld umfassen immer die nächsten drei Jahre und werden im Sinne einer rollenden Planung jährlich überarbeitet und in aufwendiger Kleinarbeit immer wieder angepasst. Das Ziel soll dabei sein, über den vorliegenden Voranschlag für das nächste Jahr hinaus auch mittelfristig den Finanzhaushalt sowohl der Stadt als auch ihrer Betriebe beurteilen und lenken zu können.

Wir haben je einen separaten Finanzplan für die Stadt ganz vorn im Ordner und einen für die Werkbetriebe - wie wir gehört haben hinten im Griff 8, unter Ziffer 4 - und auch ein einzelnes Blatt für das Alterszentrum Park, bei dessen Investitionsrechnung im Griff 9 des Ordners. Ebenso liegen uns ja auch drei separate Voranschläge für das kommende Jahr vor, die wir im nächsten Traktandum behandeln werden.

Nun zum **Finanzplan der Stadt**: Dieser ist eine wichtige Orientierungshilfe für eine gesunde Investitions- und Finanzpolitik und damit auch für eine vernünftige Steuerpolitik. Dieses Planungs- und Steuerungsinstrument basiert auf drei Elementen, die ich kurz ausführen möchte: Erstens der Prognose der Laufenden Rechnung, zweitens der Investitionsplanung, und damit verbunden, drittens den finanziellen Zielsetzungen.

Bei der Erstellung der Prognose der laufenden Rechnung ist insbesondere die weitere Wirtschaftsentwicklung zu berücksichtigen, was - wie wir alle wissen - keineswegs einfach ist. Zudem ist die Bevölkerungsentwicklung zu beachten, wobei der Stadtrat mit einer jährlichen Zunahme von rund 250 Personen rechnet.

Zum ersten Element, der Prognose der Laufenden Rechnung: Die wichtigste Zahl ist hier der Bruttoertragsüberschuss, also die Differenz zwischen Aufwand und Ertrag. Je höher der geplante Bruttoertragsüberschuss ausfällt, umso mehr eigene Mittel stehen für die Selbstfinanzierung der Investitionen zur Verfügung. Für die Finanzplanperiode 2014 bis 2016 ist der Bruttoertragsüberschuss nun aber auf tiefen durchschnittlichen 3,2 Mio. Franken. Nur bei Berücksichtigung der Saldi aus Einlagen und Bezügen aus Spezialfinanzierungen beträgt er durchschnittlich knapp 6 Mio. Franken pro Jahr.

Damit komme ich **zum zweiten Element des Finanzplans, der Investitionsplanung**: Aufgrund der im Finanzplan weiterhin vorgesehenen weit überdurchschnittlichen Investitionen in der Periode der Jahre 2014 bis 2016 wird das Netto-Investitionsvolumen der Stadt noch weiter

auf durchschnittlich rund 17 Mio. Franken pro Jahr steigen. Das ist sehr hoch. Dadurch sinkt der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad auf sehr tiefe 18,4%. Dies bedeutet, dass auch der Fremdkapitalbedarf bzw. Verschuldungsgrad und damit auch die Restbuchwerte entsprechend steigen werden. Es ist aber einmal mehr ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass diese Investitionen vorläufig ja nur quasi ein 'Wunschkonzert' des Stadtrates sind. Nicht alle diese aufgeführten Investitionen sind wirklich zwingend nötig und sicher nicht alle werden in dieser Periode auch tatsächlich ausgeführt. Und gemäss unserer neuen Gemeindeordnung, konkret dem neuen Art. 56a, werden alle Investitionsvorhaben, soweit sie die Kompetenz des Stadtrats von 300'000 Franken überschreiten und nicht den Unterhalt von Strassen usw. betreffen, noch dem Gemeinderat mit einer separaten Botschaft vorgelegt und dann können wir entscheiden. Allen Pessimisten sei deshalb hier schon entgegen gehalten: Das wird sicher nicht so heiss gegessen, wie es nun gekocht wird, oder hier eben im Finanzplan festgehalten ist.

Somit komme ich **zum dritten Element des Finanzplans, den finanzpolitischen Zielsetzungen**: Das Ziel muss sein, dass in der Stadtrechnung mittelfristig wieder ein massvoller durchschnittlicher Bruttoertragsüberschuss erzielt werden kann und auch der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt mittelfristig wieder zwischen 80 und 100% liegt. Solange die Stadt Frauenfeld über ein so hohes Nettovermögen verfügt, kann sie sich aber einige magere Jahre durchaus leisten, um diesen schon fast ungesunden Speckgürtel etwas abzubauen.

Zu den Finanzplänen der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park habe ich keine besonderen Bemerkungen und ich verzichte hier, auf weitere Details einzugehen.

Abschliessend erlaube ich mir schon an dieser Stelle den Hinweis, dass voraussichtlich auf das Jahr 2015 die Stadt auf das neue Rechnungsmodell HRM2 umstellt. Damit werden einige grundlegende Anpassungen in der Rechnungslegung erfolgen. Dies kann dann idealerweise vom neuen Finanzchef an die Hand genommen werden. Deshalb macht es nun aber auch keinen Sinn, vorher noch an unserem bisherigen grundsätzlich bewährten System punktuell herum zu schustern. Aber auf das Jahr 2015 sollte dann selbstverständlich auch der Finanzplan auf das neue Rechnungsmodell umgestellt werden.

Die GPK Finanzen und Administration hat ohne weitere Diskussionen die vorliegenden Finanzpläne zur Kenntnis genommen und beantragt dies auch dem Gemeinderat. Besten Dank."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Ich spreche für die Fraktion CH/Grüne/GLP zum Finanzplan 2014 bis 2016, und zwar zu demjenigen der Stadt. Ich sage es ein bisschen deutlicher als mein Vorredner, der Präsident der GPK Finanzen und Administration. Die Zahlen im Finanzplan sind nicht erfreulich.

Wir haben es gehört, es handelt sich um sehr bescheidene Cash Flows. Ich beschränke mich hier auf die Bruttoertragsüberschüsse entsprechend dem liquiditätswirksamen Aufwand - also ohne die Saldi Spezialfinanzierungen - von 2,9, 3,2 und 3,5 Mio. Franken. Das ergibt - bei gesetzmässigen Abschreibungen - für die Laufende Rechnung Ergebnisse von minus 3,15, minus 3,95 und 2016 sogar minus 5,02 Mio. Franken. Das sind Zahlen, die ich auf Anfrage vom Finanzamt so erhalten habe. Das sind also beträchtliche Defizite. Geschätzt sind dies knapp fünf bis acht Steuerprozent. Die Defizite - und das macht uns vor allem ein bisschen Sorge - steigen kontinuierlich. Wir hätten lieber, wenn sie sich bergabwärts bewegen würden.

Die Ergebnisse der Gesamtrechnung lauten wie folgt: 2014 minus 14,1 Mio. Franken, 2015 minus 20,2 Mio. Franken und dann 2016 minus 18,1 Mio. Franken.

Jedes Finanzplan-Jahr hat also einen massiven Finanzierungsbedarf. Diese Kombination, also einerseits steigende Defizite und andererseits hohe, für Frauenfeld sehr hohe Finanzierungsfehlbeträge, stellt für die Selbstfinanzierung eine ziemlich toxische Mischung dar. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt nämlich 19,1%, 19% und für 2016 noch 17,3%. Dazu muss ich feststellen, das ist 'unterirdisch'! Auch wenn wir für die Beurteilung des Selbstfinanzierungsgrads gemäss den neuen Leitlinien der GPK den Durchschnitt der 8-Jahresperiode betrachten - die 8-Jahresperiode bedeutet, dass wir für die Beurteilung der Finanzkennzahlen nicht nur auf das laufende Jahr schauen, sondern eine Periode mit dem aktuellen Jahr, den drei Finanzplanjahren und den vergangenen vier Jahre berücksichtigen -, bleibt diese wichtige Finanzkennzahl alarmierend. Die Zielvorgabe gemäss diesen Leitlinien ist ein Durchschnitt von 100%.

Wir haben dann in der GPK Folgendes gesagt, weil wir über einen solchen 'Speckgürtel', wie der GPK-Präsident gesagt hat, in Form eines hohen Nettovermögens verfügen: Solange das Nettovermögen mindestens 10 Mio. Franken ausmacht - das ist eine andere Kennzahl, eine andere Vorgabe in diesen Richtlinien - können diese 100% bis auf minimal im Durchschnitt 80% unterschritten werden. Der Durchschnitt dieser acht Jahre, das ist 2009 bis 2016, beträgt indessen lediglich rund 52%, das heisst 2009 58%, 2010 153%, 2011 88% und dann in den Vorschlägen 2012 33%, 2013 27% und nachfolgend die genannten Zahlen in der Finanzplanperiode. Dies liegt also deutlich unter den Vorgaben gemäss den neuen Richtlinien. 'OK' können wir sagen, wir haben ja erstens noch stetig sprudelnde Grundstückgewinne. Es ist unverständlich, dass im Finanzplan kein Wort dazu steht. Das sind ja Erträge, die kommen. Es geht immerhin um eine Periode von drei Jahren. Da kann man nicht mehr sagen, dieses Jahr rechnen wir nicht mehr mit Gewinnen. In drei Jahren wird sicher Land verkauft und wir werden sicher solche Gewinne haben. Wenn wir da als Anhaltspunkt den durchschnittlichen Erlös der letzten zehn Jahre nehmen, sind dies rund 1,75 Mio. Franken. Dies sind die Zahlen des Finanzamts.

Ich habe diese Zahl, so glaube ich, bei der Rechnung schon genannt. Diese 1,75 Mio. Franken machen die Defizite etwas erträglicher. Es sind dann noch minus 1,4 Mio. Franken, minus 2,2 Mio. Franken und minus 3,25 Mio. Franken, aber Sie sehen, diese verschwinden nicht. Der Finanzierungsbedarf bleibt natürlich immer noch sehr hoch. Gut kann man sagen, zweitens haben wir noch das Prinzip 'Hoffnung'. Es nährt sich daraus, dass die Rechnung in den letzten Jahren immer besser war als budgetiert. Auf der anderen Seite warnt der Finanzplan vor weiteren Belastungen - das ist auf Seite 4 - und berücksichtigt grössere wichtige Vorhaben (Stichworte Stadtentwicklung sowie Richtplan Siedlung und Verkehr) nicht - das ist auf Seite 5.

Zusammengefasst indizieren die uns vorgelegten Zahlen - das sind nicht meine Zahlen - ein strukturelles Defizit und einen Finanzbedarf, der das hohe Nettovermögen, den 'Speckgürtel', auffrisst. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er sich im nächsten Finanzplan intensiv mit diesem Problem auseinandersetzt.

Natürlich kann man auf das Prinzip 'Hoffnung' oder die Grundstückserträge hoffen, nach dem Motto 'Es wird nicht so heiss gegessen wie gekocht' und es ist sicher auch so, dass nicht alle aufgeführten Investitionen kommen werden. Aber wir erwarten eben, weil wir nicht jedes Jahr so schlimme Zahlen sehen wollen, dass der Stadtrat bei diesen Investitionen klar festlegt, welche er will und wie hoch diese ausfallen bzw. auf welche er verzichten will, damit man auch sieht, wie man die Finanzen in den Griff bekommt. Es genügt nicht einfach zu sagen, es würden dann weniger Investitionen als im Finanzplan aufgeführt, kommen.

Der Stadtrat muss hier eben auch seine Führungsfunktion wahrnehmen, und klar festlegen, das wollen wir und das nicht, damit das Ganze dann auch finanziell aufgeht und nicht das gesamte Nettovermögen aufgefressen wird.

Noch zu etwas Erfreulicherem als diesen Zahlen, nämlich zu einer kurzen Würdigung. Wir haben es gehört. Die heutige Sitzung zum Finanzplan und Voranschlag ist die letzte des Chefs des Finanzamts. Auch von uns gehört dem scheidenden Finanzchef ein grosser Dank. Ruedi Studer hat seine Arbeit all die Jahre gewissenhaft und zuverlässig getan. Insbesondere hat er die grossen Vermögen der Stadt - 'Speckgürtel' zum dritten Mal - und der Pensionskasse mit Umsicht und Geschick durch die verschiedenen Banken- und Finanzkrisen geführt, im Gegensatz zu anderen Finanzverantwortlichen. Ich möchte diesbezüglich keine Institutionen oder Namen nennen. Besten Dank und die besten Wünsche für den Ruhestand."

Gemeinderat Bruno Diethelm: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU zu den Finanzplänen 2013 bis 2015 der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park.

Der Präsident der GPK Finanzen und Administration hat Ihnen in seinem Votum bereits ausführlich über den Inhalt und die Bewertung der vorliegenden Finanzpläne Auskunft gegeben.

Ich beschränke mich deshalb auf ein paar wichtige Punkte im Finanzplan Stadt und möchte diese nochmals unterstreichen:

Mit Aufwand und Erträgen von rund 74,7 Mio. Franken im Voranschlag 2013 steigen sie kontinuierlich und sind im Finanzplan 2016 mit 78,35 Mio. Franken angegeben. Für ordentliche Abschreibungen im Voranschlag 2013 verbleiben 2,09 Mio. Franken und im Finanzplan 2016 3,5 Mio. Franken. Dies entspricht Abschreibungssätzen von 3,3 bis 3,8% der Restbuchwerte - zugegeben gar nicht berauschend.

Unsere Fraktion ist sich bewusst, dass die Abschreibungssätze rund 5% unter dem im Rechnungsmodell vorgegebenen Wert liegen. Wir sind uns im Weiteren bewusst, dass diese Strategie eine massive Zunahme der Restbuchwerte zur Folge hat. Sie steigen von rund 41 Mio. Franken per Ende 2011 auf voraussichtlich 103 Mio. Franken per Ende 2016 an. Beruhigend hingegen ist, dass die heutige Höhe des Nettovermögens von rund 50 Mio. Franken diese Vorgehensweise des Stadtrats noch für ein paar Jahre zulassen wird, sicher solange bis das neue Rechnungsmodell HRM2 in Kraft tritt.

In Anbetracht der vorerwähnten Ausführungen fordert die Fraktion FDP/SVP/EDU den Stadtrat auf, für die kommenden Budgets die Investitionen auf das Nötige, das Machbare und das Wünschbare genauestens zu hinterfragen.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU nimmt die Finanzpläne 2014 bis 2016 der Stadt sowie die Finanzpläne der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park in zustimmendem Sinne zur Kenntnis."

Der **Ratspräsident** begrüsst an dieser Stelle Gemeinderätin Lisa Landert und stellt fest, dass nun 33 Ratsmitglieder anwesend sind. Das absolute Mehr liegt immer noch bei 17.

Gemeinderätin Katharina Wetli: "Ich spreche im Namen der CVP/EVP- Fraktion zum Finanzplan. Ich möchte dazu keine Bemerkungen machen. Wir nehmen diesen zur Kenntnis. Vielen Dank."

Gemeinderat Markus Frei: "Ich spreche im Namen von SP/GWB/Juso. Zahlen haben wir unterdessen genug gehört. Ich beschränke mich deshalb auf etwas Text. Der Finanzplan, obwohl dieser nur als Arbeitsplan vorliegt, bereitet uns Bauchweh, weil er für uns da und dort ungeniessbar ist und auch Kopfweh, weil wir nicht alles verstehen können und es tut uns im Herzen weh, weil wir uns nicht ernst genommen fühlen."

Leider diskutieren wir wieder, wie vor einem Jahr schon, um die zu tiefen Abschreibungssätze. Wir haben letztes Jahr schon gefordert, dass der Stadtrat die geltenden Mindestabschreibungssätze anwenden soll - auch wenn dann halt ein Defizit ausgewiesen werden muss. Leider wird auch im vorliegenden Budget diese Vorgabe nicht eingehalten. Es ist für uns auch unangebracht, dass die Restbuchwerte derart in die Höhe schnellen. Wir wissen, dass es sich bei den im Finanzplan beschriebenen Investitionen um Bruttoinvestitionen handelt, und auch, dass nicht alle, wie wir schon gehört haben, ausgeführt werden.

Wir wissen aber auch, dass es immer wieder Investitionen gibt, die nicht planbar und zum Teil grössere Brocken sind. Ein Blick auf die Pensionskasse zeigt: Wenn wir deren Finanzierung nicht einfach ferneren Generationen überlassen wollen, schluckt sie das gesamte schöne Polster des Eigenkapitals. Uns ist unwohl bei diesen Zahlenschiebereien und wir bitten um Lenkungsverantwortung, damit das Eigenkapital nicht stetig schwindet und schwindet - selbst dann, wenn wir die Steuern erhöhen würden. In eine solche Planung schwindet auch das Vertrauen der Bürger und auch das wollen wir nicht. Danke."

Stadtmann Carlo Parolari: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihre Bemerkungen und Einwände. Wir nehmen diese sehr ernst."

Gemeinderat Peter Hausammann hat es gesagt, dass die langfristigen Zahlen einem zumindest ein gewisses Stirnrunzeln verursachen können. Wir vom Stadtrat haben gesagt, dass der Selbstfinanzierungsgrad sinkt und die Defizite steigen werden. Wir haben seit zwei Jahren darauf hingewiesen, dass wir vorsichtig sein und rechtzeitig den Bremsweg einleiten müssen. Sie haben uns aber in der Vergangenheit in Ihrem Rat vorgeworfen, wir verfügten über ein zu hohes Nettovermögen und müssten dieses abbauen. Heute höre ich wieder ganz andere Töne. Man hat in der GPK festgelegt, wo die Zielgrösse sein soll. Wir liegen da noch etwas auseinander. Die GPK hat diesbezüglich 10 Mio. Franken festgelegt und der Stadtrat 15 Mio. Franken. Wir sind uns aber einig, dass das Nettovermögen momentan zu hoch liegt und abgebaut werden soll, was wir gegenwärtig tun. Heute hat es nun im Rat anders getönt, was mich etwas verwirrt."

Ich kann Ihnen versichern, Gemeinderat Bruno Diethelm, dass wir jede Investition, jede Position, die im Finanzplan enthalten ist, jedes Mal darauf untersuchen, ob sie notwendig, machbar und wünschbar ist. Das ist eine rollende Planung. Wir haben, wahrscheinlich ohne dass Sie dies bemerkt haben, diverse Projekte bereits im Rahmen dieses laufenden Prozesses herausgenommen. Dies tun wir jedes Jahr. Wir können Ihnen zusichern, dass wir hier unsere Führungsfunktion wahrnehmen werden. Wir nehmen jedes Jahr diese Klassifikationen vor, was Wunschbedarf und was dringend notwendig ist - und nur das schlagen wir Ihnen dann zur Ausführung vor."

Herzlichen Dank für Ihre Bemerkungen. Wir werden diese in unsere weitere Finanzplanung einfließen lassen."

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Wenn die Diskussion erschöpft ist, halte ich gemäss Antrag auf Seite 1 des Finanzplanes der Stadt Frauenfeld fest, dass der Finanzplan 2014 bis 2016 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrum Parks vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen wurde."

77

VORANSCHLAG DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK FÜR DAS JAHR 2013

Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung

(Botschaft Nr. 13 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 2. Oktober 2012)

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Unterlagen zu diesem Geschäft wurden uns termingerecht im grauen Budgetordner zugestellt. Der Voranschlag umfasst die Register 1 bis 10, wobei die einzelnen Unterlagen gemäss dem Titelblatt im Budgetordner ersichtlich sind. Auch dieses Jahr ist unser Rat abschliessend zuständig für die Beratung und Genehmigung des jährlichen Voranschlages mit dem Steuerfuss. Die Beratung nach Abteilungen ohne das seitenweise Durchblättern hat sich an der vergangenen Rechnungssitzung bewährt. Dennoch habe auch ich mich für die heutige Beratung des Voranschlages dagegen entschieden. Wir werden also wie bis anhin seitenweise durchberaten, um unsere Kompetenz pflichtbewusst und nach gutem Wissen und Gewissen wahrnehmen zu können.

Zuerst werden wir mit der Eintretensdebatte beginnen. Danach folgt die materielle Beratung innerhalb der einzelnen Verwaltungsabteilungen, wobei wir die Laufende Rechnung in Register 2 jeweils zuerst unter die Lupe nehmen werden, gefolgt von der Investitionsrechnung in Register 3. Dafür werde ich jeweils den GPK-Sprechern als Erste das Wort zu den einzelnen Verwaltungsabteilungen geben. Danach steht das Wort dem Rat zu den einzelnen Abteilungen und deren Konten offen. Ich bitte Sie, bei allfälligen Wortmeldungen Seitenzahl, Kontogruppe und Kontonummer zu erwähnen.

Auf dem Programm steht dann des Weiteren die Beratung des Voranschlages der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, sowie der weiteren Register."

Nachdem seitens des Rates keine Einwände zu diesem Vorgehen geltend gemacht werden, eröffnet der **Ratspräsident** die Eintretensdebatte.

Eintreten

Gemeinderat Matthias Hotz, Präsident der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Für meine Ausführungen zum Eintreten auf den Voranschlag für das Jahr 2013 knüpfe ich an meinen Ausführungen zum Finanzplan an.

Die Stadt Frauenfeld und ihre Betriebe - und ich möchte das nach den Voten, die wir zum Finanzplan gehört haben, deutlich betonen - haben noch immer eine sehr gesunde Finanzlage. Der Stadtrat kann für die Stadtverwaltung, die Werkbetriebe und das Alterszentrum Park auch für das nächste Jahr grundsätzlich solide Voranschläge vorlegen. Dazu möchte ich hier beim Eintreten nun eine kurze Übersicht geben. Einen guten solchen Überblick gibt die von uns angelegte Zusammenfassung auf Seite 3 der Botschaft für die Stadt mit den wichtigsten Zahlen unter dem Titel 'auf einen Blick'. Ich werde mich an diesen Zahlen orientieren.

Beim **Voranschlag der Stadtverwaltung** budgetiert der Stadtrat bei einem Umsatz von knapp 74,7 Mio. Franken einen Bruttoertragsüberschuss von allerdings nur rund 2 Mio. Franken, also etwa gleich tief wie für dieses Jahr. Allerdings haben wir im Finanzplan ganz hinten gelesen, dass dieser Bruttoertragsüberschuss in diesem Jahr mit grosser Wahrscheinlichkeit übertroffen wird. Aber diese Bruttoertragsüberschüsse, die wir in diesen Voranschlägen finden, auch für das nächste Jahr, sind im Vergleich der Vorjahre weit unterdurchschnittlich. Auch der Abschreibungssatz mit 3,3% vom Restbuchwert bewegt sich im mehrjährigen Vergleich an der untersten Grenze. Dabei ist aber zweierlei zu beachten: Zum einen sieht die laufende Rechnung für dieses Jahr offenbar wie erwähnt gut aus, wenn nicht sogar sehr gut aus, und zum anderen würde die Stadt Ende 2013 selbst gemäss diesem heute vorliegenden Voranschlag noch immer ein Nettovermögen von mir geschätzten 46 Mio. Franken haben. Kritiker wenden nun aber ein - wir haben Gemeinderat Peter Hausammann beim Finanzplan gehört - der Mindestabschreibungssatz gemäss kantonaler Verordnung betrage 8% und werde massiv unterschritten. Dem entgegnet der Stadtrat, dass der Schnitt dieser Abschreibungen in den letzten neun Jahren aber dennoch rund 12% betragen habe. Es sei vorweg genommen, dass die GPK vor diesem Hintergrund dem Voranschlag der Stadt aber nur mit vier Stimmen bei drei Enthaltungen zugestimmt hat.

Der **Aufwand** der Stadtverwaltung nimmt gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr um rund 2 Mio. Franken oder knapp 3% zu. Diese Mehraufwendungen fallen vor allem beim Personalaufwand an, wegen vorgesehenen 3,1 zusätzlichen Stellen, was über 500'000 Franken Mehraufwand ausmacht. Der Mehraufwand fällt aber auch beim Sachaufwand und den Beiträgen an.

Einmal mehr entsteht der Eindruck, dass der Stadtrat recht grosszügig budgetiert hat. Der Stadtrat wird deshalb weiterhin aufgefordert, auch Sparpotential aufzuzeigen und vor allem angesichts der aktuell wechselhaften Wirtschaftslage in den laufenden Rechnungen möglichst auf die Ausgabenbremse zu treten.

Auch beim **Ertrag** der Stadtverwaltung ist trotz der Steuersenkung auf dieses Jahr wiederum eine Zunahme von rund 2,2 Mio. Franken oder um 3,1% gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr budgetiert. Dies resultiert vor allem aus einem optimistisch budgetierten Anstieg bei den Steuererträgen. Dabei sei an dieser Stelle noch einmal erwähnt, dass die Steuereinnahmen zum

einen in diesem Jahr offenbar ebenfalls auf Kurs oder besser als budgetiert sind, aber zum anderen in der Stadtverwaltung dennoch nicht einmal die Hälfte der gesamten Einnahmen ausmachen.

Bei der **Investitionsrechnung** der Stadt fällt auf, dass per Saldo sehr hohe Nettoinvestitionen von fast 13 Millionen Franken budgetiert werden. Damit leistet sich die Stadt, aufgrund der guten Finanzlage und des komfortablen Eigenkapitals, im Mehrjahresvergleich wiederum rekordhohe Investitionen. Diese führen deshalb zu einer deutlichen, aber bewusst in Kauf genommenen Abnahme des sehr hohen Nettovermögens. Wir haben dazu soeben den Stadtammann unter dem Finanzplan gehört. Aber auch hier ist daran zu erinnern, dass alle diese Investitionen, soweit sie über 300'000 Franken betragen, mit einer separaten Botschaft zuerst noch dem Gemeinderat zu unterbreiten sind, abgesehen von Unterhalt von Strassen usw. Ob also alle diese budgetierten Investitionen tatsächlich umgesetzt werden, steht auch hier noch auf einem anderen Blatt.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt gemäss Voranschlag im kommenden Jahr deshalb bei nur noch rekordtiefen 27,4%, das ist nur rund ein Drittel des durchschnittlichen Werts von 82% in den letzten 10 Jahren. Der Selbstfinanzierungsanteil liegt ebenfalls bei tiefen 6,4 %, bei durchschnittlich rund 11,5% in den letzten 10 Jahren - also alles weit unterdurchschnittlich. Das geschätzte Nettovermögen der Stadt sollte sich dementsprechend per Ende 2013 auf - wie gesagt, ich habe das geschätzt - rund 46 Mio. Franken verringern. Dabei muss aber betont werden, dass dies alles vor allem wegen den veranschlagten sehr hohen, aber teils noch ungewissen Investitionen mit der nötigen Vorsicht zu geniessen ist.

Wie ich bereits bei der Rechnungsabnahme im Frühling kurz erwähnt habe - und wie wir soeben unter dem Finanzplan auch von Gemeinderat Peter Hausammann gehört haben - hat die **GPK Finanzen und Administration neue Leitlinien** erlassen, die ihr als internes Papier bei der Prüfung von Voranschlag und Rechnung dienen sollen. Bei den Finanzkennzahlen hat sich die GPK dabei vor allem auf die folgenden vier wichtigsten Kennzahlen beschränkt: Das Nettovermögen, den Selbstfinanzierungsgrad, den Zinsaufwand und die Bruttoverschuldungsquote. Diese Kennzahlen will die GPK immer im Durchschnitt einer Periode von acht Jahren prüfen, nämlich den drei Jahren der aktuellen Finanzplanperiode, der aktuellen Rechnung und den vorangegangenen vier Jahren. Wir haben dies schon von Gemeinderat Peter Hausammann in seinem Votum zum Finanzplan gehört. Ich möchte aber betonen, dass diese Leitlinien für eine Prüfung der Rechnung und des Voranschlags erlassen wurden und nicht etwa für eine Prüfung des Finanzplans - das war nie ein Thema. Leider wurden diese Kennzahlen in diesem Voranschlag für das Jahr 2013 noch nicht so ausgewiesen, wie die GPK dies gewünscht hat. Die von der GPK dafür vorgesehenen Richtgrössen sind meines Erachtens aber mit diesem Voranschlag, so meine ich, in etwa eingehalten, ausser vielleicht beim Selbstfinanzierungsgrad, bei dem es aber, wie wir gehört haben, wegen dem sehr hohen Nettovermögen durchaus verkraftbar ist, wenn dieser vorübergehend etwas tiefer ist. Der Stadtrat wird aber eingeladen, diese Kennzahlen in Zukunft bei der Rechnung und beim Voranschlag so auszuweisen.

Damit komme ich zu den zwei separaten Voranschlägen der beiden Betriebe der Stadt: Beim **Voranschlag der Werke** erhöhen sich im Vergleich zum Voranschlag 2012 die laufenden Kosten um 6,6 % und die Erträge um 7,4 %. Bei einem Gesamtumsatz von rund 63,1 Mio. Franken können die Werke eine ausgeglichene laufende Rechnung im Voranschlag mit einem Bruttoertragsüberschuss von rund 3,35 Mio. Franken vorlegen. Zu beachten ist die Höhe dieses Gesamt-

umsatzes der Werke. Wenn man das mit dem Gesamtumsatz der Stadtverwaltung vergleicht, sieht man, dass die Werke da aufholen und im Umsatz schon fast gleich hoch sind wie die Stadtverwaltung. Der Bruttoertragsüberschuss der Werke für das kommende Jahr, sowie es veranschlagt ist, liegt um über 500'000 Franken höher als derjenige des Voranschlags des laufenden Jahres.

Bei der Investitionsrechnung der Werkbetriebe sind die budgetierten Netto-Investitionen mit 7,3 Mio. Franken ebenfalls weit überdurchschnittlich. Also auch hier wird überdurchschnittlich viel investiert. Dementsprechend werden die Restbuchwerte gemäss Voranschlag zunehmen. Das Nettovermögen der Werkbetriebe sollte aber Ende 2013 noch immer stolze rund 8 Mio. Franken betragen. Das ist ein sehr guter Wert für die Werkbetriebe. Somit kann auch den Werkbetrieben weiterhin eine sehr gesunde und solide Finanzlage attestiert werden, auch wenn auch dort gilt, an einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik festzuhalten.

Beim dritten Voranschlag, beim **Alterszentrum Park**, ergibt sich gegenüber dem Voranschlag für dieses Jahr beim Gesamtumsatz eine Zunahme von rund 3,5 % auf rund 17,8 Mio. Franken. Dabei wird über alles mit einem Bruttoertragsüberschuss von einer Viertelmillion Franken gerechnet. Auf dem Übersichtsblatt auf Seite 3 der Botschaft der Stadt - auf das ich am Anfang verwiesen habe - ist diese Zahl meines Erachtens falsch ausgewiesen. Dort ist ein Bruttoertragsüberschuss von über 1 Mio. Franken aufgeführt. Im kommenden Jahr sind im AZP nur bescheidene Investitionen von rund 250'000 Franken vorgesehen. Die Restbuchwerte nehmen in den letzten drei Jahren wieder kontinuierlich ab. Auch das Alterszentrum Park ist damit grundsätzlich gut auf Kurs.

Nebst der Beurteilung über die Genehmigung des Budgets hat der Gemeinderat gemäss Botschaft zudem über die *Individuellen Besoldungsanpassungen* von beantragten 1,2% der Gesamtlohnsumme und eine Leistungsprämie von 0,1% zu beschliessen. Die GPK Finanzen und Administration hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Abschliessend komme ich unter diesem Punkt noch kurz auf den **Steuerfuss** zu sprechen. Aufgrund der dargestellten Situation ist nach meiner persönlichen Meinung zurzeit keine weitere Steuersenkung angebracht. Es ist jedoch die weitere Entwicklung aufmerksam zu verfolgen.

Damit komme ich ganz zum Schluss und ich möchte *danken*. Ich danke im Namen aller drei GPKs dem Stadtrat, dem Finanzchef sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für die einmal mehr mit grossem Aufwand sorgfältig erarbeiteten Unterlagen für die drei ausgewogenen Voranschläge für das kommende Jahr.

Einen ganz besonderen Dank möchte auch ich in diesem Jahr, und ich glaube, ich kann dies im Namen des ganzen Rates tun, dem abtretenden Finanzchef Ruedi Studer aussprechen. Ich schliesse mich hier auch den einleitenden Worten unseres Ratspräsidenten an. Unser Finanzchef Ruedi Studer wird in rund einem Monat nach sage und schreibe 33 Jahren bei der Stadt Frauenfeld in den verdienten Ruhestand übertreten. Ruedi Studer hat während diesen letzten drei Jahrzehnten die Finanzen der Stadt Frauenfeld ganz massgeblich mitgeprägt. Er hat die Stadtkasse in einem, soviel ich weiss, eher bescheidenen und meines Wissens arg verschuldeten Zustand übernommen - das waren noch andere Zeiten - und kann sie nun prall gefüllt, wie wir gehört haben,

und in sehr solidem Zustand an seinen Nachfolger übergeben. Ich danke dir, Ruedi, an dieser Stelle ganz herzlich für deine hervorragende Arbeit!

Der neue Chef des Finanzamtes der Stadt Frauenfeld wird sein Amt am 1. Januar 2013 antreten und auch die Übergabe vom bisherigen zum neuen Amtsinhaber ist offenbar sehr gut gewährleistet.

Damit komme ich nun endgültig zum Schluss. Die GPK Finanzen und Administration beantragt Ihnen einstimmig Eintreten auf die Voranschläge der Stadt, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park, der Gemeinderat ist ohnehin dazu verpflichtet. Besten Dank für die Aufmerksamkeit."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Ich spreche für die Fraktion CH/Grüne/GLP. Besten Dank für die umfangreichen Unterlagen und auch für die gute Information Ende Oktober durch Vertreter der Stadt, der Werkbetriebe und des AZP. Wir sind grundsätzlich mit den Budgetgrundlagen einverstanden und ebenfalls mit den Ausführungen zum Thema Stellen und Besoldungen sowie den Anträgen zu den Besoldungserhöhungen der Stadt, der Werke und des AZP. Grundsätzlich, soweit wir 'Milizler' das beurteilen können, ist wie immer sorgfältig budgetiert worden, vielleicht, wie wir gehört, haben mit Ausnahme der Bürostühle.

Zum Voranschlag der Stadt und hier zum Stellenplan: Total haben wir neu 5,7 neue Stellen. Wir stellen diesen Bedarf nicht in Abrede, sondern akzeptieren ihn. Wir verstehen aber nicht ganz, warum erst jetzt soviel auf einen Schlag erfolgt, obwohl sich gemäss den Erläuterungen dies schon länger abgezeichnet hat. Wir fragen uns, ob es sinnvoll ist, zuerst zweimal hintereinander die Steuern zu senken und erst dann rund 6 neue Stellen zu schaffen.

Dann zum Stichwort ausgeglichener Voranschlag: Dies ist der Titel - 'ausgeglichener Voranschlag' - in der Medienmitteilung des Stadtrates zum Voranschlag. Auf Seite 1 der Botschaft steht, dass sich der Stadtrat bemüht habe, einen ausgeglichenen Voranschlag präsentieren zu können.

Es ist an der Zeit, so finden wir, dass wir uns von dieser Fiktion trennen. Der Stadtrat hat sicher sorgfältig budgetiert. Um das geht es nicht. Aber er musste sich doch ganz sicher nicht bemühen, um eine schwarze Null zu bekommen. Die ergibt sich automatisch, weil der Stadtrat einfach die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand abschreibt. Dann ergibt sich per Definition Null. So resultiert immer ein ausgeglichener Voranschlag. Da kann man budgetieren, was man will.

Ein korrekter, transparenter Voranschlag sieht indessen Abschreibungen im gesetzlich vorgeschriebenen Mindestumfang vor. Damit ergibt sich dann ein Gewinn oder ein Defizit. Und das ist nicht, wie wir vorhin gehört haben, ein punktuell herumschraubeln an der bisherigen Praxis. Die bisherige Praxis war, dass die Stadt während Jahren oder gar Jahrzehnten zu viel abgeschrieben hat. Ich habe bis ins Jahr 2002 zurückgeschaut. Es ist immer zuviel abgeschrieben worden. Und jetzt 2011 - das ist neu - zuwenig. Also kann man nicht von einer bisherigen Praxis reden. Und zuviel abschreiben war eben zulässig, aber zuwenig nicht. Die gesetzliche Vorgabe ist für das Rechnungsjahr und nicht für einen Durchschnitt von X-Jahren. Im Voranschlag 2013 ergibt sich somit ein Defizit von rund 3 Mio. Franken.

Zu den Ergebnissen der Stadt: Wir haben die Zahlen vom GPK-Präsidenten gehört, die die Botschaft im Überblick und auf Seite 1 nennt. Wir vermissen in der Einleitung nach wie vor die drei wichtigsten Zahlen überhaupt, nämlich die Ergebnisse der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung und der Gesamtrechnung. Ich erlaube mir deshalb, diese Ergebnisse kurz zu nennen und zu beurteilen.

Laufende Rechnung: Ergebnis wie gesagt ein Defizit von rund 3 Mio. Franken.

Beurteilung: Dies ist nicht gut. Wir können uns dies aber leisten, weil wir über ein hohes Nettovermögen bzw. Eigenkapital verfügen.

Vorbehalt: Wir bekommen ein Problem, wenn das Defizit strukturell würde, was wie gesagt die Voranschläge 2011, 2012 und 2013 sowie der Finanzplan 2014 bis 2016 indizieren. Ich verweise auf diese Ausführungen.

Investitionsrechnung: Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf knapp 13 Mio. Franken.

Beurteilung: Überdurchschnittlich hoch, aber die Investitionen sind begründet und die Finanzlage lässt dies zu. Soweit können wir das Nettovermögen problemlos abbauen.

Problem: Ich verweise auf das, was ich im Rahmen meiner Ausführungen zum Finanzplan gesagt habe.

Ergebnis der Gesamtrechnung: Der Finanzierungsbedarf beträgt 12,4 Mio. Franken.

Beurteilung: Auch hier gilt, dass es grundsätzlich verkraftbar ist, aber mit den Zahlen gemäss Finanzplan und Voranschlag ist das Nettovermögen Ende 2015 praktisch weggeschmolzen. Unter Einbezug der durchschnittlichen Immobilienerträge wäre dies dann erst ein Jahr später, nämlich Ende 2016. Es stellt sich dann einfach die Frage, wie stark wir dieses Nettovermögen abbauen wollen, grössenordnungsmässig auf 10 bis 15 Mio. Franken herunter, was sicher kein Problem darstellt. Da sind wir dafür. Das Problem ist aber eben, wie wir gehört haben, dass irgendwann die Trendwende kommen muss. Wir können nicht das Nettovermögen auf 10 Mio. Franken abbauen und nachher nicht wissen, wie es weitergehen soll bzw. wir können nicht weiter Defizite schreiben und Finanzierungsfehlbeträge ausweisen. Ansonsten hätten wir schnell einmal eine Nettoschuld, was wir nicht wollen. Das wäre dann wirklich schade.

Zusammengefasst ist das Budget 2013 verkraftbar. Der Finanzplan zeigt aber, wie vorhin dargestellt auf, dass wir mittelfristig ein Problem bekommen."

Gemeinderat Bruno Diethelm: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU zum Eintreten auf die Voranschläge 2013 der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrum Park.

In unserer Fraktion und in unseren Parteien sind die umfangreichen Unterlagen zu den eingangs erwähnten Voranschlägen im Detail beraten und behandelt worden.

Voranschlag 2013 der Stadtverwaltung

Mit einem Gesamtaufwand von 74,7 Mio. Franken und einem Gesamtertrag in gleicher Höhe wird uns ein ausgeglichener Voranschlag 2013 präsentiert.

Der ganze Stellenplan muss erneut um 3,1 Stellen nach oben angepasst werden. Je eine Vollzeitstelle bei der Informatik-Dienststelle, beim Personalamt sowie beim Hochbauamt wird geschaffen. Bei der AHV-Gemeinde-Stelle ist eine Stellenanpassung von 0,4 vorgesehen.

Lediglich bei der Abteilung Soziales erfährt der Stellenplan eine Reduktion von 0,3. Diese resultiert aus dem Wegfall der städtischen Vormundschaftsbehörde und der neu geschaffenen Berufsbeistandschaft. Die immer komplexer werdenden Aufgaben in der Stadtverwaltung zwingen den Stadtrat zu diesen Stellenanpassungen.

Zu reden gaben in unserer Fraktion auch die vorgeschlagenen individuellen Besoldungsanpassungen von 1,2% sowie die individuelle Lohnanpassung von 0,1% der Gesamtlohnsumme. Die gesamten Besoldungen der Stadt erhöhen sich gegenüber dem Voranschlag 2012 somit um 480'000 Franken. Die Mehrheit unserer Fraktion wird dem Antrag 1 der Botschaft jedoch zustimmen

Gegenüber dem Voranschlag 2012 stellen wir bei den Aufwandsposten eine Zunahme von 2,9% und bei den Erträgen eine solche von 3,1% fest.

Der Bruttoertragsüberschuss ist mit 2,04 Mio. Franken veranschlagt und ist, wie schon bei meinen Ausführungen zum Finanzplan erwähnt, nicht berauschend.

Mit dem erwähnten Überschuss sind lediglich Abschreibungen in der Höhe von 3,3% der Restbuchwerte des Verwaltungs- und des abschreibungsfähigen Finanzvermögens möglich, also zirka 5% unter dem in der Verordnung des Regierungsrates festgelegten Abschreibungssatz.

Einige Mitglieder unserer Fraktion werden bei der materiellen Beratung in Ihrem eigenen Namen zu einzelnen Positionen noch Änderungs- oder Streichungsanträge einbringen.

Voranschlag 2013 der Werkbetriebe

Mit einem Umsatz von 63,1 Mio. Franken budgetieren die Werkbetriebe ordentliche Abschreibungen von 3,35 Mio. Franken.

Die drei Werke planen Nettoinvestitionen in der Höhe von 7,3 Mio. Franken. Sie liegen dabei in etwa im Rahmen des Voranschlags 2012.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU nimmt vom guten Voranschlag der Werkbetriebe Kenntnis und wird diesem zustimmen. Die städtischen Werke stehen mit einem Restbuchwert von 13,83 Mio. Franken und einem vorbildlich unterhaltenen Versorgungsnetz auch weiterhin auf sehr guten Beinen.

Voranschlag 2013 des Alterszentrums Park

Auch der dreiteilig gegliederte Voranschlag des Alterszentrums Park rechnet mit Aufwendungen und Erträgen von rund 17,8 Mio. Franken mit einer ausgeglichenen Rechnung.

Unsere Fraktion nimmt auch dieses Budget zur Kenntnis und wird diesem zustimmen.

Ich komme zum Schluss:

Wir möchten uns beim Stadtrat, bei den verantwortlichen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für die Ausarbeitung des Voranschlags 2013 ganz herzlich bedanken.

Einen grossen Dank geht an den Finanzchef Ruedi Studer, der uns einmal mehr, leider heute zum letzten Mal, sehr gute und fundierte Unterlagen zum Voranschlag 2013 erarbeitet hat. Ruedi Studer, ich wünsche dir im Namen unserer Fraktion alles Gute, Gesundheit und viel Freude in deinem neuen Lebensabschnitt.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU ist einstimmig für Eintreten. Sie wird den Anträgen in der Botschaft Nr. 13 mehrheitlich zustimmen."

Gemeinderätin Katharina Wetli: "Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion zum Voranschlag für das Jahr 2013.

Die Zahlen haben der GPK-Sprecher und die Vorredner bereits gut zusammengefasst und Erläuterungen abgegeben. Nicht nochmals möchte ich diese erwähnen. Es haben ja schliesslich alle einen Ordner voll Zahlen erhalten. Ich möchte einfach nur einige Sachen erwähnen.

Dass wieder neue Stellen in der einen oder anderen Abteilungen geschaffen werden, ist wohl ein Notwendiges! Dies ist uns aufgefallen, um nur einige kurz zu erwähnen:

Abteilung Zentralverwaltung und Finanzen in Position 30000: Erhöhung der personellen Ressourcen um 100 auf 300 Stellenprozente.

Abteilung Hochbau in Position 31100: Hier ist eine neue Stelle für einen Bauberater geplant.

Abteilung Soziales in Position 30100 bis 30500: In der Berufsbeistandschaft (vormals Amtsvormundschaft) muss die Schaltersituation sichergestellt werden, was eine Stellenerweiterung erfordert. Wegen der Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes hat der thurgauische Gesetzgeber ab 2013 die Organisation und Aufgaben der Berufsbeistandschaften festgelegt. Also auch hier zusätzliche Stellenprozente, weil die Verantwortung weiterhin bei den Gemeinden liegt und nicht beim Kanton.

Dies sind nur einige Positionen, wie bereits erwähnt.

Keine Stellen, aber immer mehr zertifizierte externe Berater und Fachleute werden hinzu gezogen, wenn es ein Projekt zu realisieren gilt und es werden nicht weniger. Dabei kann das heimische Gewerbe manchmal auch gut beratend zur Seite stehen, denn dort kann sich keiner Fehler erlauben, weil diese Folgen jedem bekannt sind.

Unabhängig von der guten Finanzlage der Stadt Frauenfeld erachten wir es als notwendig, genauere Fakten zu erhalten, was den Radweg angeht, beispielsweise ob überhaupt eine Brücke gebraucht wird?

Für die gute Arbeit danken wir in diesem Zusammenhang gerne dem Stadtrat und dem Finanzchef sowie allen mit dem Voranschlag beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt ganz herzlich. Wir möchten uns auch an die bereits erwähnten Glückwünsche und Dankungen an Ruedi Studer anschliessen.

Wir werden den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Gemeinderat Lukas Hefti: "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso zum Eintreten zum Voranschlag 2013.

Bei der Beratung der Voranschläge 2013 konnten wir diese als Ganzes grundsätzlich wohlwollend aufnehmen. Trotzdem ist uns aber, wie letztes Jahr an selber Stelle erwähnt, der tiefe Abschreibungssatz der Stadt ein Dorn im Auge. Für uns stimmen die Aussagen 'für 2013 ausgeglichene Voranschläge präsentieren zu können' und die Erwähnung 'der guten finanziellen Lage' - beides auf den ersten zwei Seiten der Botschaft - nicht mit der Prognose eines Abschreibungssatzes von gerade mal 3,3% überein. Überdies wird in der Botschaft darauf hingewiesen, man akzeptiere diesen tiefen Satz, aus der Erfahrung der Jahre davor, als dann doch höhere Abschreibungen möglich waren. Wenn wir also schon damit rechnen, sollte es nicht auch im Voranschlag so ausgewiesen werden? Oder wird einfach sehr grosszügig budgetiert, um in der Rechnung dann das Übertreffen des zu tief voranschlagten Abschreibungssatzes loben zu können?

Mit der Ankündigung einen ausgeglichen Voranschlag präsentiert zu bekommen, erlebt man einige Seiten weiter hinten in der Botschaft ein noch böseres Erwachen, wenn man die Zahlen des Selbstfinanzierungsgrades studiert. Der steht gerade mal eben bei 27,4%. Als Lese- und Beurteilungshilfe wird unter 'Wertung' auf Seite 19 ein Selbstfinanzierungsgrad unter 70% als gross bezeichnet. Sind dann 27,4% nicht schon als ausserordentlich oder gar besorgniserregend zu bezeichnen und zu beurteilen?

Zum Schluss möchte ich es nicht versäumen zu erwähnen, dass wir die Aufstockung im Stellenplan begrüssen. Diese geschehen aus einem offensichtlichen Bedarf heraus und sind ausgewiesen.

Ein grosser Dank geht an alle am Voranschlag Beteiligten für ihre detaillierte und umfangreiche Arbeit."

Der **Ratspräsident** begrüsst an dieser Stelle Gemeinderat Marcel Epper. Es sind nun 34 Ratsmitglieder anwesend und das absolute Mehr beträgt 18.

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich schliesse mich meinen Vorrednern an und bin für Eintreten auf den Voranschlag. Das Wichtigste ist bereits gesagt worden. Der Budgetordner ist sehr umfassend und informativ. Ich danke dem Stadtrat, dem Finanzchef und allen, die an diesem umfangreichen Werk mitgewirkt haben, für ihre Arbeit.

Allerdings sehe ich, im Gegensatz zum Stadtrat, zum GPK-Präsidenten und in bester Erinnerung an die Debatte zur Rechnung 2011, durchaus Spielraum für eine weitere Senkung des Steuerfusses. Ich werde daher in der materiellen Beratung mehrere Sparanträge beim Personal- und beim Sachaufwand stellen. Ich war vorhin schon etwas überrascht, dass die Stellenerweiterung beim Eintreten einfach so hingenommen wird. Dazu gibt es schon noch das eine oder andere zu sagen.

Ausserdem glaube ich, dass der Stadtrat die Steuererträge zu defensiv budgetiert hat. Ich erinnere Sie an die Rechnungsabschlüsse der vergangenen Jahre: Wir durften uns in schöner Regelmässigkeit über Steuermehrerträge freuen.

Eine weitere Reduktion des Steuerfusses für die Stadt Frauenfeld um drei Prozentpunkte auf 57% scheint mir realistisch und verkraftbar. Ich werde einen entsprechenden Schlussantrag stellen. Gerne zitiere ich aus den einleitenden Bemerkungen des Stadtrats: 'Dank der guten Finanzlage mit einem Nettovermögen von voraussichtlich 50 Mio. Franken per Ende 2012 bei der Stadtverwaltung ist grundsätzlich Zuversicht angezeigt'. Wir könnten also nicht von Mut zum Risiko sprechen, wenn wir heute den Steuerfuss ein weiteres Mal senken."

Der **Ratspräsident** entnimmt den Voten, dass Eintreten unbestritten und somit stillschweigend beschlossen ist.

Materielle Beratung

0 - ALLGEMEINE VERWALTUNG

Laufende Rechnung

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung befindet sich im Griff 2, Seiten 1 bis 3, des Budgetordners. Eine Investitionsrechnung ist hier keine zu verzeichnen."

Gemeinderat Peter Hausammann, Referent der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Ich habe aus der GPK nur ganz wenige Bemerkungen anzubringen.

0910 - Personalaufwand*30100 - Besoldung Hauswart, Reinigungspersonal, Anteil Werkhof und Andere*

Die Differenz zum Voranschlag 2012 erklärt sich mit der Umstellung auf das Beitragsprimat per 2012. Der neue Betrag wurde für 2012 zu hoch budgetiert und nun in diesem Budget korrigiert.

30700/30903 - Rentenzulagen/Kürzungsbeitrag Stadt bei vorzeitiger Pensionierung

Zur Klarstellung, es handelt sich nicht um neue Ausgaben, sondern um eine Kontoumlagerung. Die entsprechenden Positionen wurden bisher beim Personalamt (Konto 1710) budgetiert. Sie finden dort auf Seite 19 die entsprechenden Beträge für das Budget 2013.

Im Übrigen gab es zu dieser kleinen Abteilung - trotzdem hat sie es eigentlich nicht verdient, dass sie 'Null' heisst - keine Fragen oder Bemerkungen, auch nicht zu den Anschaffungen (Konto 0920.31100). Ich verweise dazu auf die Erläuterungen."

Die Laufende Rechnung der Abteilung 0 wird seitenweise durchberaten.

0130 - Stadtrat*30000 - Besoldungen*

Gemeinderat Thomas Gemperle: "Ich stelle zum Konto 0130.30000, Besoldungen Stadtrat, folgenden Antrag:

Im Konto 30000 (Besoldungen Stadtrat) ist der Budgetbetrag von aktuell 720'500 Franken auf den Betrag von 580'000 Franken zu reduzieren.

Begründung: Gemäss der vom Bund der Steuerzahler eingereichten Volksinitiative '200'000 sind genug' sollen die Gehälter des Stadtrates angepasst werden. Ich möchte dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, bereits mittels Budget 2013 zu verdeutlichen, dass der Gemeinderat auch effektiv an der Besoldung des Stadtrates etwas ändern will. Mit einer Reduktion des Budgetpostens um rund 140'000 Franken kann der Gemeinderat den Beweis erbringen, dass er eine baldige Lohnreduktion der Exekutive für angebracht hält."

Zu diesem Antrag liegen seitens des Rates keine Wortmeldungen vor, sodass der **Ratspräsident** dem Stadtammann das Wort erteilt.

Stadtammann Carlo Parolari: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, gemäss immer noch geltender Gemeindeordnung legt ihr Rat die Besoldungen des Stadtrates und des Stadtammanns fest. Es liegt in Ihrer Kompetenz, die Grundlagen dazu zu ändern. Sie haben sich dazu entschieden, das Thema im Rahmen der Motion von Gemeinderat Peter Hausammann mit der

gemeinderätlichen GPK Finanzen und Administration anzugehen. Das ist unseres Erachtens der richtige Weg. Sie verstehen, dass wir uns vom Stadtrat zu diesem Antrag nicht äussern wollen."

Abstimmung Antrag Gemperle: Dieser Antrag wird mit 31 Nein- und 3 Ja-Stimmen abgelehnt.

0920 - Sachaufwand

31100 - Anschaffungen, Mobiliar, Maschinen

Gemeinderat Fredi Marty: "Hierzu verweise ich auf den kürzlich erschienenen, sehr aufschlussreichen Artikel in der 'Thurgauer Zeitung'. Frau Reisp hat mit Berufung auf einen Büromöbelhändler glaubhaft recherchiert, dass zum Beispiel die Stadt Zürich nur halb so teuer einkauft wie die Stadt Frauenfeld. Nun ja, die Stadtpräsidentin verdient dort auch weniger als unser Stadtammann. Die Diskussion um grosszügige Preise für Büromobiliar wiederholt sich. Ich erinnere Sie an die Kritik wegen der teuren Neuanschaffungen für das Büro des Stadtammanns vor zwei Jahren.

Zudem stört es mich, dass ein weiteres E-Bike für das Rathaus gekauft werden soll. Ich frage mich, leben wir hier eigentlich im Schlaraffenland? Es ist doch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, für Mitarbeitende der Stadtverwaltung E-Bikes anzuschaffen! Da der Velounterstand ohnehin erweitert werden soll, möchte ich die Stadtangestellten ermutigen, wenn möglich mit dem Velo zum Rathaus zu fahren. Auch berufsbedingte Fahrten während der Arbeitszeit können mit dem eigenen Velo statt auf einem mit Steuerfranken finanzierten E-Bike zurückgelegt werden. Übrigens ist das Elektrobike in den Erläuterungen beim Sachaufwand Allgemeine Verwaltung aufgeführt, im Register 6 jedoch unter den Anschaffungen für Stadtentwicklung/Standortförderung. Ich bin mir sicher: Die Stadtentwicklung wird durch den Verzicht auf ein E-Bike nicht gebremst.

Wenn ich nun die günstigen Möbel einrechne, die man anderswo kaufen könnte, beantrage ich Ihnen, dieses Aufwandkonto um 25'000 auf 40'000 Franken zu kürzen."

Stadtammann Carlo Parolari: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Es ist grundsätzlich schön, dass wir bei einem Budget von 156 Mio. Franken über einzelne Stühle sprechen können. Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Stadt Frauenfeld weder zu teuer einkauft noch irgendwelchen Luxus bei den Büroeinrichtungen betreibt. Ich lade Sie gerne ein - und Gemeinderat Fredi Marty weiss das, weil er seinerzeit den mit Abstand teuersten Pult in der ganzen Stadtverwaltung angeschafft hat -, sich zu überzeugen, dass wir keinerlei Luxus betreiben. Wir sind gut eingerichtet. Wir haben gute, zweckmässige Arbeitsplätze, aber es wird kein Luxus betrieben.

Im Budget werden ungefähre Bruttozahlen eingestellt. In jedem Fall werden noch entsprechende Offerten eingeholt und es wird mit den Vorgesetzten besprochen, was genau angeschafft werden soll. Ich bitte Sie, gehen Sie im Rathaus in den einzelnen Ämtern irgendwo vorbei und zeigen Sie mir, wo da Luxusobjekte sein sollen.

Es ist sogar so, dass häufig Occasionsmöbel für diverse Ausstattungen angeschafft wurden, beispielsweise bei der Integrationsfachstelle. Es wurden auch Liquidationen und Restbestände aufgekauft. Also da können Sie uns sicherlich keinen Vorwurf machen. Und weil das auch immer süffisant auf das Brot gestrichen wird, kann ich Ihnen sagen, Gemeinderat Fredi Marty, dass bei mir im Büro das Pult genau 2'050 Franken kostete. Es war auch nur deshalb so teuer, weil das Holz zum antiken Täfer passen sollte. Es war ferner noch ein Sideboard für 3'745 Franken - und das war's! Der Stuhl ist zehnjährig und der wird auch nochmals zehn Jahre halten. Also eine Büroeinrichtung nach 30 Jahren für rund 5'800 Franken anzuschaffen, so denke ich, ist definitiv nicht zu viel. Der Rest entfällt auf Konferenzbestuhlung und Konferenzeinrichtungen im Stadtratszimmer. Danke."

Nachdem die Diskussion zu diesem Antrag erschöpft ist, lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

Abstimmung Antrag Marty: Der Antrag von Gemeinderat Fredi Marty wird mit 32 Nein- und 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

Der **Ratspräsident** schaltet an dieser Stelle eine viertelstündige Pause ein, im Rahmen derer sich die Ratsmitglieder mit Getränken und 'Grittibänzen' verpflegen können.

1 - ZENTRALVERWALTUNG UND FINANZEN

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Ich begrüße Sie wieder herzlich zum Ratsbetrieb zurück und besten Dank für das pünktliche Erscheinen. Wir fahren weiter mit der Abteilung 1, Zentralverwaltung und Finanzen. Die Laufende Rechnung ist im Griff 2, Seiten 4 bis 20, und die Investitionsrechnung im Griff 3, Seite 2, enthalten."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Michael Lerch, Referent der GPK Finanzen und Administration: "Bei der Abteilung 1 gibt es im Voranschlag 2013 einen um rund 1,6 Mio. Franken höheren Ertragsüberschuss als für das laufende Jahr budgetiert. Der Gesamtaufwand erhöht sich im Vergleich zum laufenden Jahr um rund 500'000 Franken. Der voranschlagte Ertrag liegt um rund 2,1 Mio. Franken höher als im Voranschlag 2012. Die Mehrerträge stammen vor allem aus höheren Steuereinnahmen."

Noch einige Bemerkungen zu einzelnen Positionen im Voranschlag:

1010 - Stadtarchiv

Die Kosten im Zusammenhang mit dem Stadtarchiv werden nicht mehr in der Stadtkanzlei geführt, sondern über eine eigene Kontogruppe verbucht. Dies ist sicherlich gerechtfertigt und notwendig, entfallen doch auf das Stadtarchiv rund 200'000 Franken Aufwand.

In der GPK wurde der Verdacht geäußert, dass die Aufwendungen im Stadtarchiv nun eher höher liegen als bisher. Dies wurde vom Finanzchef aber verneint. Besoldungsmässig verhält es sich so, dass auf Ende Jahr der bisherige Mitarbeiter des Stadtarchivs in die vorzeitige Pension geht, was zu einer Stellenreduktion führt. Neu befindet sich der Stellenumfang des Stadtarchivs auf 100%. Davon werden 80% vom Stadtarchivar beansprucht und eine neue Stelle mit 20% besetzt. Es gibt also keine Aufstockung.

1131 - Bürgerrechtsdienst (1/3)

Es wurde erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Rechnung in diesem Bereich nun ausgeglichen daherkommt, nachdem dies letztmals noch bemängelt wurde. Neu wurde die Verteilung von 1/2 auf 1/3 geändert, das heisst 2/3 der Aufwendungen entfallen neu auf das Konto 1132, Bestattungsamt.

1220 - Kultur (Beiträge)

Dazu sind relativ viele Erläuterungen vorhanden. Aufgrund diverser Gesuche wurden bei verschiedenen Beitragsempfängern die schon seit langem hängige Teuerung angepasst und die entsprechenden wiederkehrenden Beiträge erhöht, so zum Beispiel bei der Stadtmusik, beim Kunstverein und dem Jugendmusikcorps.

1320 - Stadtbus

39000 - Interne Verrechnungen Werkhof

Der Betrag wurde beinahe halbiert. Gemäss dem Finanzchef handelt es sich bisher um einen Pauschalbetrag. Neu wurde dieser Betrag nach geschätzten Stunden veranschlagt. Inwieweit diese Summe Ende Jahr dem Voranschlag entspricht, wird sich dann anhand der konkreten Stundenrapporte zeigen.

43400 - Busreklame

In der GPK wurde die Frage aufgeworfen, ob hier Anstrengungen unternommen werden, damit die nicht mehr von der APG benutzten Werbeflächen in einigen Warteunterständen anderweitig vermietet oder genutzt werden können.

Gemäss dem Stadtmann verfügt die APG in diesem Bereich über das Exklusivrecht und verzichtet nun auf die weniger attraktiven Plakatstellen in bestimmten Wartehäuschen. Somit können diese durch die Stadt in irgendeiner Form benützt werden. Die Stadt erarbeitet nun ein Konzept, damit diese freigewordenen Werbeflächen in Form von Serien für gewisse städtische Themenplakate, beispielsweise für Kultur oder die Regio, etc. genutzt werden können. Eine wilde Plakatierung oder Vermietung an Dritte ist nicht möglich, da die APG aufgrund des Konzessionsvertrags das Exklusivrecht hat. Im Übrigen ist es vom Aufwand her so, dass die Stadt ihre eigenen Plakate höchstens in einem Rhythmus von vier bis fünf Mal pro Jahr austauschen wird, weil sonst der personelle Aufwand zu hoch ausfällt.

1410 - Stadtentwicklung

31805 - Kommunikation und Information

Auf die Frage, was über dieses Konto bezahlt werden soll, erhielt die GPK die Antwort vom Stadtmann, dass sich diese Aufwendungen auf die drei Schlüsselprojekte in der Stadtentwicklung (Bahnhofplatz/Kasernenareal; Stadtentlastung; Nutzung Innenstadt) beziehen. Für diese drei Schwerpunktthemen sind ein grosser Teil der Kosten für Kommunikation, Mitwirkung, Vernehmlassungsverfahren etc. gedacht. Es sollen hier zusammen mit der Bevölkerung die Bilder entwickelt werden, wie das Ganze schlussendlich aussehen soll.

1590 - Abschreibungen

33100 - Ordentliche Abschreibungen

Zu diesem Konto hatte Gemeinderat Peter Hausammann einen Antrag eingebracht, welcher die Abschreibungspraxis der Stadt ändern wollte, wie er dies vor einem Jahr bereits angetönt hatte und in der heutigen Ratssitzung auch wieder zu hören war. Mit seinem Antrag wollte Gemeinderat Hausammann erreichen, dass im Voranschlag jeweils der Mindestabschreibungssatz von 8% angewendet und im Voranschlag entsprechend eingestellt werden soll. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag mit zwei Ja- gegen vier Nein- Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt. Grund der Ablehnung war nicht, dass die GPK grundsätzlich gegen diese Änderung war, sondern die GPK will diese Praxisänderung erst im Zusammenhang mit der Umstellung auf HRM2 vollziehen, so dass die Vergleichbarkeiten der Rechnungen und Voranschläge möglichst hoch bleiben und eine gewisse Konstanz gewahrt bleibt. Unser Rat hat dieses Vorgehen im Zusammenhang mit der Diskussion zur Interpellation 'Transparente und klare Abschreibungspraxis' von Gemeinderat Peter Hausammann unterstützt.

16 - Steuern

Insgesamt wurden bei den Steuern Mehreinnahmen von knapp 1,7 Mio. Franken voranschlagt.

1620 - Direkte Steuern

33001 - Abschreibungen Erlasse frühere Jahre

Diese grosse Differenz ist auf einen veranlagten Fall zurückzuführen, bei dem eigentlich zum Vornherein klar war, dass keine Liquidität vorhanden ist. In diesem Fall musste aber zwingend veranlagt werden. Wahrscheinlich wird es im Frühjahr 2013 dann zu einer entsprechend hohen Abschreibung kommen.

40000 - Steuern Natürliche Personen Rechnungsjahr

Hier wurde wie bis letztes Jahr ein Plus von 3% zugrunde gelegt (1,5% Bevölkerungswachstum und 1,5% allgemeine Einkommenssteigerungen).

40001 - Steuern Natürliche Personen frühere Jahre

Gegenüber dem Budget 2012 wurden für 2013 in diesem Bereich 200'000 Franken weniger veranschlagt, was mit den Auswirkungen der Steuerfussenkungen begründbar ist. Im Weiteren wies der Chef des Steueramtes darauf hin, dass sich der Veranlagungsstand 2012 im Gegensatz zu früheren Jahren deutlich verbessert hat, was nicht zuletzt auch auf die Anstellung der städtischen Veranlagungsexperten zurückzuführen ist. Dadurch reduziert sich in den Folgejahren der Ertrag, da die Veranlagungen nun relativ zeitnahe realisiert werden können.

40002 - Nach- und Strafsteuern

Diese Null bedeutet nicht etwa, dass keine Nach- und Strafsteuern mehr erhoben werden. Diese Zahlen sind aufgrund eines Systemwechsels neu in der Position 1620.40001, Steuern Natürliche Personen Frühere Jahre, enthalten.

40100 - Steuern Juristische Personen Rechnungsjahr

Hier wird mit einer Steigerung von 5% gerechnet. Bereits im Voranschlag 2012 mit einem Betrag von 3,3 Mio. Franken wurde mit einer fünfprozentigen Steigerung gerechnet. Überraschenderweise ist in diesem Bereich ein erneuter Schub zu verzeichnen, was die Zahlen in diesem Jahr bestätigen. Im Vergleich zur Rechnung bzw. zum Voranschlag 2011 darf tatsächlich von einem enormen Sprung in diesem Konto gesprochen werden. Glücklicherweise verfügt Frauenfeld nach wie vor über sehr gute Juristische Personen bzw. Firmen.

Wie bereits im laufenden Jahr wird ein entsprechender Nachholbedarf angenommen."

Der **Ratspräsident** begrüsst Gemeinderat Peter Wildberger. Es sind nun 35 Ratsmitglieder im Saal anwesend. Das absolute Mehr beträgt weiterhin 18.

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich mache es ganz kurz. Ich wurde in der Pause darauf aufmerksam gemacht, dass solche Anträge nicht erwünscht sind. Ich spreche zum Konto 1005.31100, Anschaffungen Mobiliar, Geräte, Maschinen. Es geht hier um dasselbe. An den Stadtammann gewandt möchte ich noch sagen, wenn Sie schon nur von Stühlen reden. Es ging damals generell um Büroeinrichtungen und das Sitzungsbüro. Und da haben wir nicht von rund 5'700 Franken gesprochen. Sie wissen genau, um welche Summe es damals ging. Also müssen Sie nicht davon ablenken.

Aber ich spreche nun zu diesem Konto. Hier fallen vor allem die Büroeinrichtungen für den Bereich Stadtentwicklung/Standortförderung, das Steueramt und das Ersatzmobiliar für das Büro des neuen Finanzchefs ins Gewicht. Auch in diesem Ämtern kann insgesamt günstiger eingekauft werden. Ich mache es kurz. Ich beantrage Ihnen deshalb, eine Kürzung dieses Aufwandskontos um 30'000 auf 78'500 Franken. Auch im Kleinen kann man sparen. Und dann bin ich fertig mit solchen Anträgen."

Das Wort zu diesem Antrag wird nicht gewünscht, sodass der **Ratspräsident** darüber abstimmen lässt.

Abstimmung Antrag Marty: Der Antrag von Gemeinderat Fredi Marty wird mit 33 Nein- und 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

1220 - Kultur (Beiträge)

36530 - Städtepartnerschaft Kufstein und Reisekosten Vereine

Gemeinderat Thomas Gemperle: "Ich spreche zum Konto 1220.36530, Städtepartnerschaft Kufstein. Ich stelle folgenden Antrag:

Im Konto 36530 (Städtepartnerschaft Kufstein und Reisekosten Vereine) ist das Budget von aktuell 25'000 Franken auf den Betrag von 10'000 Franken zu reduzieren.

Begründung: Mit zusätzlichen 15'000 Franken sollen gewissen Kreisen die Teilnahme am 25-Jahr-Jubiläum der Städtepartnerschaft in Kufstein ermöglicht werden. Über den Aufwand/Ertrag dieser Städtepartnerschaft kann man grundsätzlich geteilter Meinung sein. Ich werde dies in nächster Zeit noch genauer untersuchen. Vorerst beantrage ich den Verzicht auf diese Erhöhung, da die Finanzierung von Reisekosten an diese Feierlichkeiten keine Staatsaufgabe ist. Staatliche Ausgaben müssen immer das Gemeinwohl zum Ziel haben. Mit dieser Ausgabe werden einzelne Kreise privilegiert, wobei der Nutzen für die Bevölkerung nicht ersichtlich ist. Daher ist diese Erhöhung abzulehnen."

Seitens des Rates liegen zu diesem Antrag keine Wortmeldungen vor, sodass der **Ratspräsident** dem Stadtammann das Wort erteilt.

Stadtammann Carlo Parolari: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Es wäre gut gewesen, Sie hätten sich vorher informiert, Gemeinderat Thomas Gemperle. Das Konto heisst 'Städtepartnerschaft Kufstein und Reisekosten Vereine'. Es geht in keiner Weise darum, dass 'gewisse Kreise', wie Sie dies bezeichnen, an einem Fest in Kufstein teilnehmen sollen. 1988 wurde diese Städtepartnerschaft ins Leben gerufen. Am 4. Juni 2013 feiert sie 25 Jahre. Wir sind in Kontakt mit der Stadtregierung in Kufstein, mit dem Ziel, dass in beiden Städten etwas stattfinden soll, indem beispielsweise Frauenfelder Vereine nach Kufstein und umgekehrt Kufsteiner Vereine nach Frauenfeld reisen sollen. Dies soll aber nicht einfach als 'Judihui-Fest' vonstatten gehen. Wir stellen uns vielmehr vor, einen sportlichen, einen kulturellen und einen gesellschaftlichen Austausch vorzunehmen.

Wir haben nun ein Konzept erstellt und sind in Kontakt mit Kufstein, was momentan nicht ganz einfach ist. Es ist diesbezüglich noch nichts beschlossen. Deshalb haben wir vorsorglich dieses Konto von 10'000 auf 25'000 Franken erhöht. Sie sehen also, grosse Sprünge werden wir damit nicht machen können. Es geht also vorliegend nicht darum - nicht dass dies wieder falsch kolportiert wird -, dass sich der Stadtrat an einem Wochenende in Kufstein verlustiert. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen."

Abstimmung Antrag Gemperle: Mit 31 Nein- und 2 Ja-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, wird dieser Antrag von Gemeinderat Thomas Gemperle abgelehnt.

1410 - Stadtentwicklung

31805 - Kommunikation und Information

Gemeinderat Fredi Marty: "Sage und schreibe 200'000 Franken sind hierfür budgetiert - mit einer absolut dürftigen Erläuterung. Sie können dies auf den Seiten 7 und 8 selber lesen. Seite 8, oben steht: 'Die Organisation und Kommunikation Stadtentwicklung wird aufgebaut und professionell begleitet.' Von 'grösseren Planungen und Realisierungen' ist da die Rede - dies im Zusammenhang mit den Grundstücken der Armasuisse (Kaserne, Unteres Mätteli, Zeughausareal) - oder von der Aufwertung der Innenstadt, was das auch immer heisst, des Bahnhofareals oder der Entwicklung des Langdorfs.

Ich sehe absolut nicht ein, weshalb dieser Budgetposten so hoch angesetzt ist. Mein Antrag: 50'000 Franken müssen vorerst reichen, solange keine konkreteren Projekte vorliegen."

Auch zu diesem Antrag liegen seitens des Rates keine Wortmeldungen vor. Der **Ratspräsident** erteilt dem Stadtammann das Wort.

Stadtammann Carlo Parolari: "Es wird Sie nicht verwundern, dass ich Ihnen auch dieses Mal beantrage, den Antrag abzulehnen. Wir haben bereits kommuniziert - das kommt auch noch im nächsten Frühjahr -, dass die Stadtentwicklung auf drei wesentlichen Projekten fussen wird. Das haben wir Ihnen hier aufgeschrieben. Dies stellt auch eine Lehre aus der ganzen Übung 'F21' dar, nämlich dass grössere Entwicklungen nur mit einer ganz gezielten Kommunikation - und

zwar von Anfang an - überhaupt noch an den Mann gebracht werden können. Von Beginn an ist zu kommunizieren, was das Ziel einer Massnahme ist. Es geht heute nicht mehr, irgendeine Stadtentwicklung, eine Innenstadtgestaltung oder eine Arealentwicklung, beispielsweise am Bahnhof oder bei der Stadtkaserne, von einem technischen Planer auf den Tisch legen zu lassen und dann noch ein bisschen Kommunikation darum herum zu betreiben. Da braucht es von Beginn an eine kommunikative Begleitung und das kostet eben etwas.

Ich bitte Sie wirklich im Sinne der Stadtentwicklung - damit wir nicht stehen bleiben - diesem Budgetposten zuzustimmen."

Abstimmung Antrag Marty: Dieser Antrag wird mit 32 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

1590 - Abschreibungen

33100 - ordentliche Abschreibungen

Gemeinderat Peter Hausammann: "Ich stelle im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP folgenden Antrag: Die ordentlichen Abschreibungen seien auf das gesetzliche Minimum von 5,019 Mio. Franken zu erhöhen.

Zur Begründung und worum es nicht geht: Es geht nicht um eine Umstellung der Abschreibungspraxis auf fixe lineare Sätze entsprechend der betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer. Das war die Kernforderung meiner Interpellation ('Transparente und klare Abschreibungspraxis'). Diese Forderung ist akzeptiert; sie wird aber gemäss dem Willen der Mehrheit des Gemeinderates erst mit HRM2 eingeführt. Damit kann ich leben. Es geht auch nicht um eine Abänderung der bisherigen Abschreibungspraxis. Das Problem, das wir haben, das stellte sich bisher gar nicht. Ich habe schon vorgängig angetönt, dass ich bis 2002 zurückgeschaut habe. Da hatten wir immer rechtlich korrekte und zulässige Abschreibungen, weil wir immer zuviel abgeschrieben haben. Das wollte ich mit der Interpellation nicht mehr haben. Das haben wir verschoben und damit kann ich wie gesagt leben. Aber wir haben erstmals 2011 zu wenige Abschreibungen. Ich habe dann in der GPK einen Antrag gestellt - und dies nicht nur angetönt, wie es der GPK-Sprecher sagte. Ich habe also einen Antrag in der GPK gestellt und diesen dann auf Wunsch des Stadtrates zurückgezogen, weil dieser signalisiert hat, auf das nächste Budget könne er dies umsetzen. Es sollte aber nur diesen Punkt betreffen. Alles was ich noch mehr wollte, nämlich lineare Abschreibungen, sollte ich separat anbringen. Das habe ich gemacht.

Es geht also nun nicht um HRM2 bzw. um eine Abänderung der Praxis, sondern nur darum, dass wir gestützt auf HRM1 und die aktuelle Rechtslage ein gesetztes konformes Budget verabschieden. Ein Budget, das in der Laufenden Rechnung nicht vospiegelt, besser zu sein als es ist. Ein Budget, das korrekt ist - eigentlich eine Selbstverständlichkeit! Und die gesetzliche Vorgabe gilt eben für das Rechnungsjahr und nicht für eine Periode, wo man den Durchschnitt anwenden kann. Es ist relativ einfach. Wenn der Stadtrat das nicht umsetzen will, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dann muss der Gemeinderat eingreifen. Es fällt doch weder dem Stadtrat noch dem Gemeinderat ein Zacken aus der Krone, wenn wir ausnahmsweise einmal ein Defizit vorlegen müssen, wenn dieses sachlich begründet ist. Und es ist sicher sachlich begründet, wenn wir sagen, wir schreiben soviel ab, wie gesetzlich vorgeschrieben.

Ich appelliere an Sie, Ihre Verantwortung wahrzunehmen! Bedenken Sie:

1. Gesetzliche Vorschriften gelten für alle, auch für den Stadtrat und auch für uns. Wir können doch nicht zum Beispiel Nulltoleranz auf dem Bahnhofplatz predigen und durchsetzen. Und wir können doch nicht jeden noch so kleinen Verstoß im Strassenverkehr ahnden, und wir können doch nicht jedes frisierte 'Töffli' beschlagnahmen und uns dann selber nicht an das Gesetz halten.
2. Das Volk verdient es, dass ihm offen und ehrlich gesagt wird, wenn Stadtrat und Gemeinderat ein Defizit budgetieren. Das Volk verdient es nicht, dass ihm ein 'X' für ein 'U' vorge-macht wird. Der fette Titel in der Medienmitteilung des Stadtrates 'Ausgeglichener Voran-schlag der Stadt', aufgenommen in den Zeitungen, zum Beispiel 'unspektakulär ausgegli-chen', zeichnet eben ein falsches Bild und gibt ein falsches Signal. Das ist doch das, was die Leute lesen, nämlich den Titel 'Ausgeglichenes Budget'. Die schauen doch nicht, wie der Bruttoertragsüberschuss oder wie der Selbstfinanzierungsgrad ist etc. Deshalb sollte man damit eben aufhören.
3. Und auch das ist eben neu, es gibt dafür keine Zustimmung des Kantons. Das wurde damals bei der Interpellationsbeantwortung gesagt. Das betrifft aber nur den Teil 'zuviel abzuschrei-ben'. Das ist vom Kanton her nicht verboten. Darüber wurde mit dem Kanton auch gespro-chen. Dieser hat es akzeptiert und dann vorgeschrieben, wie man dies machen muss, näm-lich über den Nachtragskredit etc. Aber der Kanton hat nie gesagt, ihr dürft in Frauenfeld weniger abschreiben als wir vorgeschrieben haben.
4. Eine Änderung der Abschreibungspraxis im Sinne meiner Interpellation hätte für die Umset-zung einen Aufwand verursacht, je nachdem, wo man das Verwaltungsvermögen einbucht und ob man das neu berechnet oder nicht mehr oder weniger. Die heute beantragte Korrek-tur bringt indessen keinerlei administrativen oder technischen Zusatzaufwand. Nur dieses Konto muss erhöht werden, sonst nichts. Auch deshalb gibt es vorliegend keinen Grund auf die Einführung von HRM2 zu warten.
5. Ein Defizit von 3 Mio. Franken ist überdies verkraftbar. Wir haben das gesagt. Wir müssen das nicht verstecken, sondern können es transparent ausweisen.
6. Dann habe ich in der GPK gehört, es sei kein 'Handlungsbedarf' vorhanden. Also Kollegin-nen und Kollegen, die Stadt macht ein Budget, das in einem zentralen Punkt nicht gesetz-eskonform ist.

Dem Volk soll nicht klarer Wein über das tatsächliche Ergebnis der Laufenden Rechnung eingeschenkt werden. Stadtrat und Gemeinderat als Vorbilder für Gesetzesverstöße und da-zu höre ich 'kein Handlungsbedarf'. Aber hallo! Wo orten wir dann noch Handlungsbedarf?

7. Die Stadt hat ja in früheren Jahren mehr als das gesetzliche Minimum abgeschrieben. Das ist richtig, aber wie gesagt, das war zulässig, und es geht um das Rechnungsjahr und nicht über eine Periode. Eben deshalb und auch aus folgenden Gründen ist das kein Argument gegen unseren Antrag. Der Mindestsatz ist vorgeschrieben und man kann doch nicht argumentie-ren, früher habe man etwas Zulässiges gemacht und jetzt müsse man sich deshalb nicht an die Regeln halten. So kann man auch zum Beispiel die Kinder nicht erziehen.

Es gibt eben auch einen zweiten fundamentalen Unterschied. Mit zu hohen Abschreibungen - was wir gemacht haben, was zulässig ist - wird die Situation schlechter dargestellt als sie ist. Das ist zwar nicht gut, aber nicht so schlimm. Mit zu tiefen Abschreibungen sieht die Rechnung indessen besser aus, als sie tatsächlich ist. Und das geht nicht und das sollte man wirklich nicht machen. Überhöhte Abschreibungen führen zwar zu einem zu tiefen Verwaltungsvermögen und damit zu einem zu niedrigen Eigenkapital. Aber auch hier: Das ist kein Argument gegen diesen Antrag, weil das Eigenkapital, das nicht ganz korrekt ausgewiesen ist, in unserem Rat und offenbar auch im Stadtrat nie, aber gar nie ein wichtiges Thema war. Man hatte stets das Nettovermögen im Auge bzw. im Blickfeld. Die gute finanzielle Situation der Stadt wurde immer am Nettovermögen festgemacht, nie am Eigenkapital. Also spielt diese Änderung keine Rolle. Das Nettovermögen ändert sich aber durch die zusätzlichen ausserordentlichen Abschreibungen nicht. Für das Nettovermögen spielt es keine Rolle, ob wir den Gewinn zusätzlich abschreiben oder ins Eigenkapital übertragen.

8. Der erste Satz auf Seite 1 der Botschaft zum Voranschlag 2013 lautet - Zitat: 'Die Vorschläge basieren auf der Verordnung des Regierungsrates über das Rechnungswesen der Gemeinden vom 16. Mai 2000'. Dort steht eben dieser Abschreibungssatz drin - diese 8%. Kommen wir also unserer Verantwortung nach und sorgen wir dafür, dass dieser erste Satz auch tatsächlich stimmt.

Wenn Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aus irgendeinem Grund nicht gegen den Stadtrat, den Stadtmann oder den scheidenden Finanzchef stimmen wollen, bitte ich Sie, sich wenigstens der Stimme zu enthalten und so zu einem korrekten, gesetzmässigen Budget beizutragen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar."

Gemeinderat Matthias Hotz, Präsident der GPK Finanzen und Administration: "Als Präsident der GPK Finanzen und Administration, die sich im kleinen Kreis schon über diese Frage unterhalten hat, fühle ich mich doch verpflichtet, mich kurz zu diesem Antrag zu äussern. Ich bitte Sie, diesen Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann abzuweisen.

Ich habe mich dazu bereits am Rande meiner Ausführungen zum Finanzplan geäussert, als ich darauf hingewiesen habe, dass ein neues Rechnungsmodell HRM2 auf das Jahr 2015 eingeführt wird. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass es keinen Sinn macht, wenn nun vorher am bisherigen, grundsätzlich bewährten System punktuell herumgeschraubt wird.

Eine Mehrheit der GPK empfiehlt, dass das Rechnungsmodell auf 2015 vom neuen, kommenden Finanzchef umgestellt wird und auf diese Umstellung hin allfällige Wünsche berücksichtigt werden.

Im Übrigen hat sich auch der GPK-Sprecher, der diese Abteilung hier dargelegt hat, korrekt geäussert. Er hat auch korrekt darauf hingewiesen, dass dieser Antrag bereits von Gemeinderat Peter Hausammann in der GPK gestellt wurde. Er hat auch erwähnt, wenn ich das richtig gehört habe, dass dieser Antrag behandelt und abgelehnt wurde und zwar mit 4 gegen 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Es ist bei diesen Abschreibungen so, und ich glaube, ich habe das in meinem Eintretensreferat auch ganz transparent dargelegt, dass es eine kantonale Verordnung gibt, die 8% Mindestabschreibungen vorgibt. Wir haben im Voranschlag nun 3,3% - da machen wir kein Geheimnis daraus. Aber ich habe auch gesagt, der Schnitt der letzten neun Jahre beträgt 12%. Also ist es so, dass wir einmal mehr und jetzt halt einmal weniger abschreiben.

Und Gemeinderat Peter Hausammann ist auch Jurist. Er hat sehr juristisch und formalistisch argumentiert. Das Wichtigste ist aber immer, dass man nach 'di ratio legis' vorgeht, also nach dem Sinn hinter dem Ganzen fragt. Der Sinn hinter dem Ganzen ist, dass man genügende Abschreibungen vornimmt. Das ist der Sinn. Diese Abschreibungen wurden bis anhin mehr als genügend gemacht. Darum denke ich, ist das kein Problem. Wir haben es auch transparent dargelegt. Wir haben auch darauf hingewiesen, dass insbesondere angesichts des hohen Nettovermögens dies kein Problem darstellt.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag ablehnen. Ich bitte Sie auch, sich nicht der Stimme zu enthalten, sondern bei diesem Antrag nein zu stimmen, ansonsten könnten wenige Stimmen hier den Ausschlag gegen. Besten Dank."

Gemeinderat Markus Frei: "Ich bin nur Theologe, nicht Jurist, und erlaube mir darum eine kurze Predigt. Ich lese noch einmal etwas von uns, der Fraktion SP/GWB/Juso, vor. Ich wiederhole mich zum Teil und nehme somit auch in Kauf, dass ich Irritationen bei Ihnen, lieber Herr Stadtmann, aufrecht erhalte.

Die Fraktion SP/GWB/Juso steht für finanzpolitische Transparenz ein. Deshalb stützen wir auch den Antrag von Kollege Peter Hausammann, das Konto 1590 auf 5,019 Mio. Franken aufzustocken. Denn nur so kann dem gebührlchen und vor allem weitherum üblichen Abschreibungssatz von 8% Rechnung getragen werden. Zugunsten einer Transparenz in der städtischen Rechnungs- und Budgetlegung müssen wir uns diesen Abschreibungssatz leisten können, auch wenn die Zahlen dadurch weit weniger beschönigend daherkommen.

In der Hoffnung, dass sich etwas ändern möge, haben wir es in der letzten Budgetdebatte unterlassen, eben diesen Antrag zu stellen. Geändert hat sich in diesem Punkt aber nichts. Deshalb stehen wir nun hinter dem Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann. Danke für Ihre Unterstützung."

Stadtmann Carlo Parolari: "Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich kann mich relativ kurz fassen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie in Ihrem Rat hier drinnen am 4. Juli dieses Jahres, also vor erst fünf Monaten, neben zugegebenermassen anderen Fragen auch diese Frage bei der Beratung der Interpellation von Gemeinderat Peter Hausammann ausführlich diskutiert haben.

Sie haben sich damals mehrheitlich hinter die Argumentation des Stadtrates gestellt, die da war, im Prinzip ja. Wir verneinen dies nicht, sind aber erst zum Zeitpunkt der Umstellung auf HRM2 dazu bereit. Aus unserer Sicht hat sich an dieser Argumentation, an dieser Ausgangslage, nichts geändert und Gemeinderat Peter Hausammann, ich habe auch nie im Namen des Stadtrats in Aussicht gestellt, dass wir dies ändern wollen. Da haben Sie offenbar mehr gehört, als ich in der GPK gesagt habe.

Ich bitte Sie trotzdem, diesen Antrag abzulehnen."

Abstimmung Antrag Hausammann: Der Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann wird mit 19 Nein- und 11 Ja-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.

1710 - Personalamt

30100 bis 30500/43601 - Besoldungen und Sozialleistungen Personalamt/Rückerstattungen vom Alterszentrum Park

Gemeinderat Fredi Marty: "Es werden hier gleich zwei neue Stellen beantragt, um die höhere Arbeitslast zu bewältigen. Ich nahm damals schon mit Befremden zur Kenntnis, dass ein Personalamt neben dem Finanzamt und neben der Stadtkanzlei geschaffen wurde. Und nun wird fleissig aufgestockt! Eine Stellenerweiterung von 100% und eine neue Stelle 'Bereichsverantwortliche im AZP'. Noch vor wenigen Jahren hielt sich der Stadtrat an die strikten Vorgaben der sogenannten Stellenplafonierung. Ich frage mich, ist die Personaldecke der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe inzwischen derart angewachsen, dass es die Betreuung durch ein ausgeprägtes Personalamt tatsächlich braucht. Ich glaube nein! Auch zusätzliche Aufgaben und Projekte rechtfertigen nicht zwei neue Stellen, selbst wenn das querverrechnet wird.

Ich bitte Sie daher, die Schaffung dieser zwei neuen Stellen abzulehnen."

Der **Ratspräsident** macht Gemeinderat Fredi Marty darauf aufmerksam, dass er einen konkreten Antrag mit der zu streichenden Budgetsumme einzureichen hat.

Gemeinderat Fredi Marty erachtet es im gegenwärtigen Zeitpunkt als schwierig, eine konkrete Summe zu nennen und sieht sich dazu ausserstande.

Der **Ratspräsident** verweist darauf, dass dann kein formell richtig gestellter Antrag vorliegt. Im Übrigen verweist er generell darauf, dass die Ratsmitglieder jeweils ihre Anträge kurz oder während der Sitzung schriftlich bei ihm einzureichen haben, damit eine klare Abstimmungsbasis vorhanden ist.

Gemeinderat Fredi Marty fragt demzufolge, was die beiden Stellen kosten.

Gemeinderat Peter Hausammann belehrt Gemeinderat Fredi Marty, dass er solche Abklärungen jeweils rechtzeitig vor der Ratssitzung bei der zuständigen Abteilung vorzunehmen hat.

Gemeinderat Fredi Marty zieht aus den vorstehenden Gründen seinen Antrag zurück.

Investitionsrechnung

Gemeinderat Michael Lerch, Referent der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Hier gab eine Position Anlass zu Fragen.

1320 - Stadtbus

50600 - Drei Echtzeitanzeigen am Bahnhof für Stadtbus (Ankauf, Montage, Lizenzen)

Für den Stadtbus werden drei neue Echtzeitanzeigen am Bahnhof installiert, um die Fahrgastinformationen zu verbessern. Zum einen enthalten diese den Hinweis, wo der Stadtbus stationiert ist. Zum anderen sind direkt beim Unterstand dann die jeweiligen Abfahrts- und Anfahrtszeiten des Stadtbusses in Echtzeit, also nicht gemäss Fahrplan, ersichtlich. Somit profitieren nicht nur die vom Zug her kommenden Passagiere, sondern auch die übrigen Stadtbusbenutzer von einer besseren Information. Diese drei Echtzeitanlagen verursachen relativ hohe Kosten von rund 180'000 Franken. Vorläufig ist somit aus Kostengründen nicht angedacht, weitere solche Echtzeitanlagen an anderen Haltestellen zu montieren. Mit diesen neuen Echtzeitanzeigen geht sicherlich eine Komfortsteigerung für die Stadtbusbenutzer einher. Die bisherige grosse Anzeigetafel wird aus Altersgründen ebenfalls ersetzt und dient in Zukunft noch den Belangen der SBB und der Postauto AG."

2 - ABTEILUNG TIEFBAU

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Hier befinden sich die Laufende Rechnung im Griff 2, Seiten 21 bis 30, und die Investitionsrechnung im Griff 3, Seiten 3 bis 8."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Wir haben den Voranschlag und die Investitionsrechnung im Detail besprochen. Stadtrat Müller und der Finanzchef gaben nützliche Erläuterungen. Zahlreiche Detail-Fragen aus der GPK konnten befriedigend beantwortet werden. Besten Dank dafür!

Der Voranschlag für die Laufende Rechnung sieht Ausgaben und Erträge in einem ähnlichen Umfang wie in den vergangenen Jahren vor. Im Vergleich zum Voranschlag 2012 ist der Aufwand insgesamt leicht höher und der Ertrag leicht tiefer. Daraus resultiert ein insgesamt zirka 60'000 Franken höherer Nettoaufwand.

Zu reden gaben unter anderem folgende Punkte: Einmal mehr - der Winter steht ja vor der Tür -, war der Winterdienst (Konto 2005) ein Thema: Hier geht es um nochmalige Anschaffungen von Winterdienstgeräten in Konto 31100. Auf Nachfrage hin wurde uns bestätigt, dass nun damit die Häufung von Neuanschaffungen hoffentlich definitiv vorüber sei.

Andererseits steigen auch die laufenden Kosten des Winterdiensts (Konto 31400) auf Grund neu entstandener Quartiere und der Umnutzung des 'Unteren Mätteli' zum Parkplatz, der von der Gemeinde betrieben wird. Dieses 'Untere Mätteli' als neue städtische Aufgabe findet darüber hinaus im Voranschlag als neue Kontogruppe 2280 seinen Niederschlag.

Weitere Fragen betrafen die Abfallbeseitigung (Konto 2320): Hier geht es um den Bau einer Unterflur-Abfallsammelstelle in der Mittelgasse, die durchaus etwas kostet. Die Raumverhältnisse in der Altstadt und deren Bedeutung als Zentrum unserer Stadt lassen diese Investition aber als sinnvoll erscheinen.

Ausserdem sind in den Konti 38100 und 43401 bereits die Folgen des neuen Abfallreglements sichtbar, die geringere Gebühreneinnahmen zur Folge haben und denen aber auch eine Streichung der Einlage in die Spezialfinanzierung Kehrichtentsorgung gegenübersteht. Darüber werden wir im Gemeinderat aber noch beraten und beschliessen.

Im Bereich der Abwasserentsorgung (Konto 2330) wurde gefragt, auf welchen Betrag der Fond 'Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung' sich inzwischen belaufe. Gemäss Auskunft des Finanzchefs sind es Ende Jahr rund 5 Mio. Franken. Diesem beträchtlichen Betrag stehen aber auch einige grosse Sanierungen in den kommenden Jahren gegenüber."

Investitionsrechnung

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Hier steigt der Nettoaufwand gegenüber 2012 um rund 1 Mio. Franken. Die Ausgaben fallen zwar insgesamt etwas geringer aus, dem stehen aber noch tiefere Einnahmen (Beiträge Kanton etc.) gegenüber. Die grössten Projekte sind die Sanierungen der Neuhauserstrasse - der untere unbestrittene Teil - und der Schlossmühlestrasse.

Die einzelnen Projekte wurden von der GPK grundsätzlich als sinnvoll erachtet. Allerdings führte die Beratung zu einer Grundsatzdiskussion darüber, nach welchen Kriterien und in welcher Frequenz Strassen künftig saniert werden sollen. Im Vergleich zu anderen Städten sind die Frauenfelder Strassen gemäss Auskunft des zuständigen Stadtrats in einem überdurchschnittlich guten Zustand.

Die Frage der Sanierungen bewegt sich nach Meinung der GPK in einem Spannungsfeld:

- Auf der einen Seite besteht im Hinblick auf kommende Generationen eine moralische Verpflichtung, die Infrastruktur zu erhalten und gegebenenfalls zu erweitern. Abwarten kann ausserdem zu grösseren Schäden führen.
- Andererseits stellt sich die Frage, wieviel wir künftig investieren wollen und können. Dürfen wir für die Strassensanierungen auch Defizite in Kauf nehmen? Ein Blick auf den, wie gesagt wurde, schwer verdaulichen Finanzplan zeigt, dass eine solche Frage keine Schwarzmalerei, sondern unter Umständen bald Realität sein kann.

Als politisch Verantwortliche müssen wir herausfinden und festlegen, welches der richtige Erneuerungsrythmus innerhalb dieses Spannungsfelds ist. Zusätzlich kompliziert wird die Beurteilung dieser Frage dadurch, dass oftmals die Werkbetriebe Auslöser einer Sanierung sind.

Schliesslich kann man sich auch fragen, ob wir künftig allenfalls bei der bisher eher hohen Qualität der Ausführung sparen können. Die GPK wird diese Fragen im Auge behalten."

Gemeinderätin Verena Herzog: "Ich spreche zur Investitionsrechnung Abteilung Tiefbau und werde abschliessend einen Antrag stellen.

Seit längerer Zeit werde ich als Gemeinderätin nicht nur von Quartierbewohnern, sondern auch von Steuerzahlern aus anderen Stadtteilen angesprochen. Es geht etwa in die gleiche Richtung, wie sich Gemeinderat Heinrich Christ äusserte. Der Unmut bezüglich der vielen Strassenprojekte ist gross! Die Neuhauserstrasse ist heute kein Thema.

Doch die Bürger fragen sich zum Beispiel, ob es tatsächlich eine Fussgängerverbindung zwischen Wannenfild- und Hasenbühlstrasse braucht; Gesamtkosten total 2 Mio. Franken. In diesem Budget sind es 50'000 Franken.

Ich habe mich etwas umgehört. Die Fussgängerverbindung wird nicht einmal von allen Anwohnern der betreffenden Quartiere als notwendig erachtet. Die hypothetische Idee, wie es in den Erläuterungen steht oder auch im Zeitungsbericht stand, es könnte längerfristig eine S-Bahn-Haltestelle in diesem Gebiet erstellt werden, kann auch kaum im Interesse der Stadtentwicklung sein. Oder soll sich Frauenfeld noch mehr zu einer Pendel- und Schlafstadt entwickeln? Das Vorgehen der Stadt betreffend Fussgängerüberführung ist zudem für viele Bürger völlig unverständlich. Es wird ein Studienauftrag von 150'000 Franken gesprochen und fünf Planungsbüros eingeladen, ein Projekt zu erarbeiten, bevor überhaupt eine Bedarfsabklärung gemacht wurde.

Eine andere Frage, die mir in den letzten Wochen mehrmals gestellt worden ist, betrifft ein Trottoir und eine Allee entlang der Schlossmühlestrasse. Ist dies notwendig? Ermöglichen diese Investitionen eine klare Verbesserung für Fussgänger und Velofahrer? Dies nur zwei Beispiele, welche in den Medien präsentiert wurden. Es gäbe noch einige mehr.

Ich meine, wenn in einer reichen Zuger- oder Zürichseegemeinde, die nicht mehr weiss, wohin mit den Finanzen, solche sogenannten Verschönerungs-Projekte lanciert werden, so sollen und können sich diese das leisten. Im Falle von Frauenfeld - wir haben es heute Abend mehrfach gehört - gilt es sich auf die notwendigen Sanierungsmassnahmen zu beschränken und das Wünschbare vom Machbaren zu trennen.

14,475 Mio. Franken werden für Investitionen im Tiefbau für 2013 budgetiert. Als Nicht-GPK-Mitglied ist es für mich sehr schwierig, den Durchblick zu haben, was wirklich notwendige Sanierungen und je nach Geschmack allenfalls Verschönerungen sind. Sanierungen sind wichtig, da Leitungen saniert und die Kanalisation in Stand gehalten werden müssen etc. Der Ärger, die Folgen und Folgekosten für Vernachlässigungen derselben wären ein Vielfaches der budgetierten Sanierungskosten. Und was ich auch festhalten will: Zweifellos erledigen die Angestellten im Tiefbauamt und der städtischen Werke nur ihre Aufträge und das sicher nach bestem Wissen und Gewissen. Auch kann man es nie allen recht machen. Doch ich bitte zwischen Wünschbarem und Machbarem zu unterscheiden, auch bei den üblichen Sanierungen der Strassenbeläge zum Beispiel. Ich fordere den Stadtrat auf, zu sorgfältigerem Umgang mit den Steuerfranken

und beantrage deshalb dem Gemeinderat, die Ausgaben in der Investitionsrechnung in der Abteilung Tiefbau um mindestens 1 Mio. Franken zu kürzen. Ich danke für Ihre Unterstützung."

Der **Ratspräsident** erkundigt sich bei Gemeinderätin Verena Herzog, wo sie bzw. in welchem Konto sie diese 1 Mio. Franken einsparen will.

Gemeinderätin Verena Herzog: "Ich denke nicht, dass ich das muss. Ich bin auch nicht die Fachkraft, die dazu in der Lage ist. Ich möchte diese ganzen Investitionsbeiträge um 1 Mio. Franken kürzen. Das kann man. Wir haben solche Dinge auch schon im Grossen Rat beantragt. In diesem Bereich bin ich nicht die Fachkraft, sondern das Tiefbauamt muss entscheiden, wo diese Investitionen sinnvoll gekürzt werden sollen. Das bin sicher nicht ich."

Stadtmann Carlo Parolari: "Meine Damen und Herren, im Kanton verfügen die meisten Ämter über ein Globalbudget und da kann selbstverständlich ein Globalbetrag um irgendeine Summe gekürzt werden und dann muss die Verwaltung damit umgehen. Hier haben wir aber konkrete Objektkredite. Also müssen Sie schon festlegen, wo Sie diese 1 Mio. Franken einsparen wollen."

Gemeinderätin Verena Herzog: "Was ich konkret einsparen will, ist der Betrag für die Schlossmühlestrasse. Aber es gäbe noch viele andere Möglichkeiten. Dann müssen wir das irgendwie anders anschauen, aber ich denke, das Tiefbauamt soll sich Gedanken anstellen, wo diese 1 Mio. Franken eingespart werden können, auch wenn wir hier kein Globalbudget aufweisen."

Der **Ratspräsident** vertritt ebenfalls die Auffassung des Stadtmanns. Gemeinderätin Verena Herzog hat ihm schriftlich einen konkreten Antrag vorzulegen, aus dem klar hervorgeht, bei welchem Ausgabeposten bzw. Konto dieser Betrag von 1 Mio. Franken einzusparen ist. Ansonsten müsste Gemeinderätin Verena Herzog eine Rückweisung des Budgets beantragen und der Stadtrat hätte dann einen neuen Budgetvoranschlag zu unterbreiten. Aber dafür ist es etwas spät.

Gemeinderätin Verena Herzog: "Das könnte auch gemacht werden, aber dann beantrage ich wenigstens den Budgetbetrag im Konto 2131.50100.337, Schlossmühlestrasse, Zürcherstrasse bis Badi/St. Gallerstrasse, zu streichen, wobei das etwas sinnlos ist, weil ich nicht weiss, für was alles diese Sanierungskosten vorgesehen sind. Ich müsste dann einfach beantragen, den Betrag für die Verschönerungen zu streichen. Da müssen Sie mir, Stadtrat Urs Müller, Auskunft erteilen, wie hoch dieser Betrag ausfällt, weil wenn es um Leitungssanierungen geht, bin ich nicht Fachfrau und da muss schon das Tiefbauamt entscheiden."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Natürlich ist es für uns 'Milizler' mit diesen Budgetposten nicht einfach und auch schwierig festzulegen, wo, was, wie, wann anzugehen ist. Das muss man halt vorgängig klären. Ich erinnere daran - es war in den Achtzigerjahren und wir von der CH waren zu dritt -, dass wir die Strassensanierungen vorgängig angeschaut und vorher Erkun-

digungen eingezogen haben. Wir hatten Treffen mit den zuständigen Stadträten und haben uns durch die betreffenden Botschaften gewühlt. Wir haben Überlegungen dazu angestellt und Fachleute beigezogen, ob man dies oder jenes braucht oder etwas weniger ausgeführt werden muss. Und dann haben wir zum Konto 'XY' gesagt, wir wollen das gestrichen oder um 200'000 Franken gekürzt haben. Das geht schon, Frau Gemeinderätin Verena Herzog."

Stadtrat Urs Müller: "Geschätzte Damen und Herren, gerne äussere ich mich materiell zu diesem Antrag. Ich habe ihn jetzt so verstanden, dass die Sanierung der Schlossmühlestrasse gestrichen werden soll.

Ich möchte schon nachfassen. Ihre eigene Gruppierung weiss, wie das Vorgehen ist. Gemeinderat Peter Hausammann hat es aufgezeigt. Es gibt auch Leute, die nicht Mitglied der GPK sind und bei der Abteilung Tiefbau vorbeikommen. Sie schauen sich vorher die Projekte an. Beispielsweise war Gemeinderat Urs Herzog da und hat sich den unteren Teil der Neuhauserstrasse angeschaut. Man kann es auch in der Zeitung lesen. Wir haben offene Türen. Ich begrüsse es wirklich, wenn Sie vorbeikommen und wir geben Ihnen dann gerne nach bestem Wissen und Gewissen Auskunft. Das steht Ihnen als Gemeinderäte zu, nicht nur der zuständigen GPK.

Die zuständige GPK weiss ein bisschen mehr. Mit diesen Personen führen wir jeweils die alljährliche 'Baustellenbesichtigung' durch. Im Rahmen derer schauen wir an, was aktuell läuft. Wir schauen aber auch an, was laufen soll.

Dann möchte ich klar zurückweisen, dass wir ein 'Verschönerungsverein' sein sollen. Wir haben eine Aufgabe, lieber Gemeinderat, und die Strassensanierungen sind zweckgebundene Ausgaben.

Zu den zwei konkreten Projekten, die angesprochen wurden: Ich erläutere zuerst noch, wie wir bei Strassensanierungen vorgehen. Ich habe diese Liste, die ich Ihnen hier präsentiere, auch in der GPK gezeigt. Auf dieser umfangreichen Liste sind die Strassen aufgeführt, bei denen Sanierungen bevorstehen. Es gibt hier verschiedene Prioritäten, beispielsweise zu allen Werkbetriebsteilen (EW, Wasser, Gas) und den Kanalisationen. Nach einem bestimmten Schlüssel werden die anstehenden Prioritäten festgelegt. Es ist auch immer wieder möglich, dass gewisse Projekte und Sanierungen verschoben werden. Das ist das momentane Vorgehen. Wir sind aber daran, dies noch zu professionalisieren und die Zustandsplanung der Strassen und der Kanalisationen aufzunehmen, damit wir noch verlässlichere Informationen haben. Dies zum Vorgehen bis jetzt.

Zum Voranschlag in der Gesamtbetrachtung: Wir haben jedes Jahr ungefähr gleich viele Strassen, das heisst rund 12 bis 14 Projekte, die wir durchziehen. Es ist nirgendwo eine Steigerung zu verzeichnen. Wenn Sie das Budget genau anschauen, liegen wir sogar mit den Strassensanierungen tiefer, weil sich noch einige andere Ausgabenposten im Investitionsbudget des Tiefbaus tummeln. Ich erinnere beispielsweise auch an den Murg-Auen-Park. Dies zu den allgemeinen Ausführungen.

Ich möchte nun aber noch auf die Fussgängerverbindung zu sprechen kommen, die auch immer wieder genannt wird. Bevor wir Ihnen ein Projekt und einen Kredit vorlegen können, müssen wir dieses erarbeiten. In den Erläuterungen auf Seite 30 wird klar Bezug genommen, warum das Thema Fussgängerverbindung Wannenfeld-/Hasenbühlstrasse überhaupt in Erscheinung tritt. Das Thema wurde schon im Verkehrsrichtplan 1991 meines Vorvorgängers angesprochen. Nur

wurde dieses Thema nie wirklich aufgegriffen. Wir haben dieses nun aufgegriffen und zwar nicht einfach aus Freude und Lust am 'Verschönerungsverein', sondern aus zwei thematischen Gründen. Der eine wurde genannt, nämlich eine mögliche S-Bahn-Haltestelle. Da müssen wir uns ganz grundsätzlich über die Raumplanung unterhalten, wenn wir Ihrer Argumentation folgen wollen.

Ich nenne nur die Gründe, warum dieses Thema aufgegriffen wurde. Das ist der eine Punkt. Der andere betrifft das Thema 'Quartierentwicklung', bei dem es darum geht, das Ergaten-Talbach-Quartier mit dem Kurzdorf besser zu verbinden. Wenn Sie die Verbindungen, die wir über die Geleiseanlagen haben, betrachten, fällt auf, dass an dieser Stelle eine Lücke klafft. Dazu wurde dieser Studienauftrag ausgeführt. Von anderer Seite haben wir dafür sehr viel Lob erhalten. Der schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) hat sich dazu Zeit genommen. Auch Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern wäre es offen gestanden, die von fünf Büros erarbeiteten Projekte im Rahmen einer Ausstellung im Alterszentrum Park zu besichtigen. Diese Projekte waren frei zugänglich. Die Quartiervereine waren in der Begleitgruppe vertreten. Das war also relativ breit abgestützt. Ich habe auch den Quartiervereinen den Auftrag gegeben, doch bitte ihre Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, die Ausstellung anzuschauen. Was dann folgte, war eine Betrachtung im Stadtrat, ob denn die Kosten für diese Brücke - die Kosten können erst definitiv geklärt werden, wenn ein konkretes Projekt vorliegt -, die im Rahmen einer Kostenschätzung von 2 Mio. Franken vorlagen, gerechtfertigt seien. Deshalb hat auch der Stadtrat eine Potentialabschätzung gefordert. Das ist das Vorgehen. Dazu haben wir noch einen weiteren Projektierungskredit hier im Budget von 50'000 Franken. Wenn diese Potentialabschätzung dann vorliegt, kann entschieden werden, ob das Projekt weiter verfolgt wird und Ihrem Rat vorgelegt werden soll. So gestaltet sich das Vorgehen. Ich sehe in diesem Zusammenhang überhaupt nichts von einem 'Verschönerungsverein'.

Zur Schlossmühlestrasse: Die liegt sehr nahe beim Rathaus und ich lade Sie sehr gerne ein, Gemeinderätin Verena Herzog, mit mir einmal die Schlossmühlestrasse abzuschreiten. Dann sehen Sie auch, ob es notwendig ist, über ein wirkliches Trottoir zu verfügen oder nicht. Die Schlossmühlestrasse liegt an meinem Arbeitsweg, da ich ja im Bollaggebäude tätig bin. Ich sehe tagtäglich, was an der Schlossmühlestrasse so abläuft! Darum bin ich der Auffassung, dass für den Langsamverkehr eine Verbesserung notwendig ist.

Wenn wir - und ich muss dies noch einmal betreffend der Neuhauserstrasse wiederholen, auch wenn diese heute nicht Thema ist - eine Sanierung angehen, dann erachte ich es als unsere Pflicht als Tiefbauamt, dass wir nicht nur die reine Strassensanierung machen, sondern die Strasse auch auf Verbesserungsmöglichkeiten hin überprüfen. Es sind sehr hohe Kosten im Tiefbaubereich. Diese Sanierungen müssen deshalb auch wieder 30 bis 40 Jahre halten und somit müssen diese auch richtig angeschaut und beurteilt werden.

Ich bitte Sie also - ich muss die Beurteilung dem Ratspräsidenten überlassen, aber ich gehe davon aus - diesen Streichungsantrag für das Projekt Schlossmühlestrasse abzulehnen. Danke."

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Besten Dank für die Ausführungen. Wir waren vorher bei Seite 3 der Investitionsrechnung. Der Antrag, der vorhin gestellt wurde, betrifft ein Konto auf Seite 5. Ich schlage vor, wir gehen der Reihe nach und behandeln nochmals die Seite 3 der Investitionsrechnung."

Gemeinderat Andreas Elliker: "Ich spreche ebenfalls zur Fussgängerverbindung Wannenhäselstrasse. Stadtrat Urs Müller hat schon einiges zu diesem Thema gesagt, aber ich möchte trotzdem noch etwas in dieser Angelegenheit in meinem eigenen Namen vorbringen. Es betrifft die Seite 3 mit einem Budgetbetrag von 50'000 Franken.

Nach meinem Wissensstand ist im Moment noch eine Bedürfnisabklärung im Gange. Diese sollte bis Ende 2012 Jahr abgeschlossen sein. Beim budgetierten Betrag von 50'000 Franken handelt es sich um einen allfälligen Projektierungskredit. Grundsätzlich ist es löblich, dass der Stadtrat diesen auch budgetiert, denn er könnte dies auch unter dem Jahr einfach so veranlassen.

Die Brücke käme sicher teurer als 1 Mio. Franken. Daher bitte ich den Stadtrat schon, die Bedürfnisabklärung sehr genau zu prüfen und kritisch zu hinterfragen. Es wäre auch gut, wenn die zuständige GPK in diese Bedürfnisabklärung Einsicht hätte.

Ich persönlich setze hinter dieses Bauvorhaben ein grosses Fragezeichen und werde deshalb den Verlauf dieses Projekts genau verfolgen."

Der **Ratspräsident** kommt nun noch einmal auf den von Gemeinderätin Verena Herzog eingereichten Antrag auf Seite 5, Konto 2131.337, Schlossmühlestrasse, Zürcherstrasse bis Badli/ St. Gallerstrasse (Kostenschätzung 1,42 Mio. Franken) zurück. Dieser Antrag beinhaltet die Streichung des budgetierten Betrags von 1,32 Mio. Franken.

Aus den Reihen des Rates liegen dazu keine Wortmeldungen mehr vor, sodass der **Ratspräsident** dem Stadtammann das Wort erteilt.

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich möchte mich noch ergänzend zu meinem Kollegen äussern. Die GPK hat einen detaillierten Investitionskatalog erhalten. Dort sind diese Sanierungsarbeiten auch beschrieben. Ich möchte Sie einfach darauf aufmerksam machen, dass die ganze Schlossmühlestrasse sanierungsbedürftig ist, die Kanalisation mit 400'000 Franken zu Buche schlägt, die Werkleitungen Sanierungsbedarf aufweisen und nur ein verhältnismässig kleiner Teil auf die eigentliche Strassengestaltung entfällt. Ich entnehme diesen Erläuterungen, dass diese Aufwendungen in der Kompetenz des Stadtrats liegen. Ich kann Ihnen die betreffende Summe aber nicht genau beziffern. Aber ich schätze einmal, dass 200'000 Franken auf die Verschönerungen entfallen, die Sie im Rahmen Ihres Antrages moniert haben, Gemeinderätin Verena Herzog. Wenn Sie nun einfach das ganze Kind mit dem Bade ausschütten, können wir diese Arbeiten für die sanierungsbedürftige Strasse mit den Kanalisationsleitungen nicht in Angriff nehmen. Ich bitte Sie also, hier Augenmass zu zeigen."

Nachdem die Diskussion zum Antrag von Gemeinderätin Verena Herzog erschöpft ist, lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

Abstimmung Antrag Herzog: Der Rat lehnt diesen Antrag mit 32 Nein-Stimmen und 1 Ja-Stimme, bei 2 Enthaltungen, ab.

Gemeinderätin Verena Herzog: "Ich weiss jetzt nicht, ob ich diesen Antrag hier stellen kann. Wir haben dies auch in der Fraktion diskutiert. Ich formuliere dies mal so, wie ich mir das denke: Ich möchte, dass künftig die Pläne und genauen Kontoauflistungen für die Gemeinderäte im Extranet veröffentlicht werden, damit wir Einsicht in diese zusätzlichen Unterlagen haben. Ich denke, dies wäre kein grosser Aufwand. Aber ich weiss nicht, ob ich hier jetzt diesen Antrag stellen kann bzw. ob dies überhaupt geht. Stadttammann Carlo Parolari hat an sich zugestimmt, dass wir Einsicht in diese zusätzlichen Unterlagen erhalten."

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Heute behandeln wir das Budget, und das Extranet betrifft nicht den Voranschlag. Ich erteile nun aber Stadtrat Urs Müller das Wort, der sich zu diesem Thema gemeldet hat."

Stadtrat Urs Müller: "Zur Frage, ob dieser Antrag im Rahmen der Beratung des Voranschlags 2013 behandelt werden kann, halte ich fest, dass es nicht an mir liegt, diesbezüglich zu entscheiden. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass wir offene Türen haben. Kommen Sie bei uns vorbei! Warum sage ich das? Dies hat einen Vorteil gegenüber der einfachen Plan-einsicht im Extranet. Diese Pläne, wenn Sie schon einmal einen gesehen haben, präsentieren sich ziemlich gross und Sie benötigen für deren Einsicht einen relativ grossen Monitor, wenn Sie darauf etwas Sinnvolles erkennen wollen. Sie haben aber auch, wenn diese Möglichkeit vorhanden ist, keine ergänzenden Erläuterungen dazu. Diese erhalten Sie bei uns im Tiefbauamt. Machen Sie es so, wie es auch Gemeinderat Urs Herzog gemacht hat. Ich würde dies als die sinnvollere Variante empfinden. Dazu kommt, dass wir uns zum Zeitpunkt der Budgetierung in einem Vorstadium des Projektes befinden, sodass wir sehen, wo etwa die Kosten liegen. Wir sind aber dann noch nicht beim Auflageprojekt, wenn es eine Auflage gibt, bzw. beim wirklichen Bauprojekt angelangt. Deshalb macht dies nicht viel Sinn."

Gemeinderätin Verena Herzog: "Wenn ich noch etwas erwidern darf. Ich war selbstverständlich auf dem Tiefbauamt und habe mir das Projekt für die Schlossmühlestrasse vor Ort angeschaut. Aber es geht nicht nur um dieses Projekt, sondern auch um die restlichen Projekte, die Sanierungen, Instandstellungen etc. beinhalten, mit den ausgewiesenen Kosten im Budget etc. Ich weiss ja bei all diesen vielen Budgetposten nicht, wo nur Sanierungen oder eben auch zusätzliche Verschönerungsmassnahmen enthalten sind. Wenn dies für alle Ratsmitglieder differenzierter aufgeführt und ersichtlich wäre, wie dies auch für die Mitglieder der zuständigen GPK der Fall ist, beispielsweise eben über das Extranet - wobei hier vor allem die detaillierten Kostenpositionen wichtig wären, weil es vielleicht etwas schwierig wäre - die Pläne ins Extranet zu stellen, wäre dies sehr wertvoll und hilfreich. Wichtig wären also in diesem Zusammenhang die Auflistungen der einzelnen Posten, wieviel beispielsweise für die Sanierungen vorgesehen sind, welche Kosten auf Verschönerungsmassnahmen entfallen etc. Dies wäre sicherlich keine Sache, da die Mitglieder der zuständigen GPK diese Unterlagen bereits schon erhalten."

Stadtrat Urs Müller: "Die Mitglieder der GPK Bau, Werke, Umwelt erhalten jeweils mit dem Budgetordner einen umfassenden Investitionskatalog mit kleinen Plänen zu den einzelnen Objekten und weiteren Angaben. Der Gemeinderat verfügt insgesamt über drei Geschäftsprüfungskommissionen. Zuständig für die Belange Tiefbau ist eine davon, eben die GPK Bau, Werke, Umwelt. Ob diese Unterlagen nun allen Gemeinderäten zur Verfügung gestellt werden sollen, liegt in der Entscheidung Ihres Rates. Wir müssen diesen Aufwand sowieso betreiben. Wich-

tig erscheint mir aber, wenn dieses zusätzliche Papier entsprechende Fragen auslöst, dass Sie dann auch bei uns auf der Abteilung Tiefbau vorbeikommen und fragen. Dies betrifft auch die Bürger, die Sie genannt haben. Schicken Sie diese bei uns vorbei! Danke."

Gemeinderätin Verena Herzog: "Damit bin ich einverstanden."

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Besten Dank, somit haben wir dieses Problem gelöst."

3 - ABTEILUNG HOCHBAU

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Hier finden wir die Laufende Rechnung im Griff 2, Seiten 31 bis 33, und die Investitionsrechnung im Griff 3, Seiten 9 bis 10."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Der Nettoaufwand ist 91'000 Franken höher als im Budget 2012 oder 220'000 Franken höher als bei der Rechnung 2011."

3110 - Hochbauamt

Das Hochbauamt beantragt eine zusätzliche Stelle. Mit folgenden Argumenten wird diese Stelle begründet:

- viele Baugesuche;
- generelle Zunahme der Kontrolltätigkeit, zum Beispiel im Bereich Feuerschutz;
- aufgrund des neuen PBG müssen bei Abparzellierungen einzelne Verfügungen zuhanden des Grundbuches erstellt werden;
- zusätzliche Aufgaben im Lärmbereich;
- öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen;
- die Verordnung zum neuen Planungs- und Baugesetz ist von 20 auf 50 Paragraphen angewachsen, was für den Vollzug auf Gemeindeebene deutliche Mehrarbeit nach sich zieht;
- vermehrte Rechtsfälle in Form von Einsprachen;

- die laufenden städtischen Schlüsselprojekte beanspruchen den Amtschef immer mehr.

Die laufenden Geschäfte sollen speditiv verarbeitet werden, der Bürger erwartet möglichst kurze Wartezeiten!

Für diese neue Stelle eines Bauberaters muss natürlich noch der Arbeitsplatz eingerichtet werden. Und es wurde schon gesagt: Wo man günstige Möbel kaufen könnte, wurde dem Stadtrat kürzlich in der Thurgauer Zeitung erklärt.

3115 - Energieberatung

Die Besoldungssumme war für 2012 falsch budgetiert und wird nun für 2013 entsprechend korrigiert.

3240 - Beiträge Naturobjekte

In diesem Konto sind noch zusätzliche Bäume in Bezug auf die Strassenaufwertungen bei der Schlossmühle- und Langfeldstrasse enthalten."

Investitionsrechnung

Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Die Altlastensanierung im Weberlisrebbberg - das ist in Gerlikon - ist 2013 nochmals budgetiert, weil sie 2012 nicht ausgeführt wurde. Nicht ausgeführte Projekte müssen nochmals budgetiert werden. Kreditübertragungen sind nicht möglich.

3065 - Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Zwei Liegenschaftsprojekte sind in diesem Konto enthalten, für welche dem Gemeinderat noch separate Botschaften mit den Details zugestellt werden. Am 16. Januar soll die Botschaft Rheinstrasse 8, Renovation für Neunutzung durch soziale Dienste, im Gemeinderat behandelt werden. Die Botschaft Friedhof Oberkirch erfolgt später, natürlich auch noch 2013.

50601 - Einrichtungen für Gartenwirtschaft im Areal Kantonsarchiv

Das Projekt ist noch nicht gestorben, im Moment aber noch nicht spruchreif. Weiter soll ein Sanierungsplan für die stadteigenen Liegenschaften entstehen, basierend auf der Grundlage des Energierichtplanes."

5 - ABTEILUNG ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: " Die Laufende Rechnung ist im Griff 2, Seiten 34 bis 39, und die Investitionsrechnung im Griff 3, Seite 11, aufgeführt."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Roland Wyss, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: " Die GPK Gesellschaft und Sicherheit - ich kann es vorwegnehmen - stimmte dem Voranschlag der Abteilung 5 einstimmig zu. Da die Erläuterungen sehr umfangreich sind, gab es nur wenige Ergänzungen und Bemerkungen.

Wie in den Erläuterungen beschrieben, wurde die Zuordnung der Lohnkosten des Amtsleiters Öffentliche Sicherheit neu verteilt. Dies erfolgte hauptsächlich wegen den gestiegenen Anforderungen an die Sicherheit im öffentlichen Raum, wie zum Beispiel die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Bahnhof, der Vorstadt oder beim Asyldurchgangsheim."

Investitionsrechnung

Gemeinderat Roland Wyss, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: " Die Ersatzbeschaffung des Kommandofahrzeuges ist mit 100'000 Franken voranschlagt. Die Kosten setzten sich je hälftig aus dem Fahrzeug und dem Umbau als Einsatzfahrzeug zusammen. Das alte Fahrzeug kann beim Lieferanten eingetauscht werden. Dass bei der Vergabe lokale Unternehmer berücksichtigt werden, ist ganz im Sinne der GPK.

Auch der Ersatz der Brandausrüstung scheint auf den ersten Blick hoch. Pro Ausrüstung (total sind es 130) muss mit Kosten von rund 1'200 bis 1'500 Franken gerechnet werden. Der höhere Tragkomfort und die bessere Brandsicherheit sind diesen Aufwand aber bestimmt wert. Die vorhandenen neueren Ausrüstungen können eventuell sogar noch verkauft werden. Die älteren dagegen können als Entwicklungshilfe, zum Beispiel in die Dominikanische Republik abgegeben, werden.

Finanzplan

Frauenfeld ist bei der Ersatzabgabe auf dem gesetzlichen Minimum von 50 Franken. Dieser Betrag sollte auch in Zukunft ausreichen, die Spezialfinanzierung genügend zu äufnen, zumal in den nächsten Jahren keine grösseren Anschaffungen vorgesehen sind."

6 - ABTEILUNG GESUNDHEIT

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung ist im Griff 2, Seiten 40 bis 42, enthalten. Investitionsrechnung ist hier keine vorhanden."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Michael Hefti, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "Gesamtaufwand und Ertrag in der Abteilung Gesundheit erhöhen sich je um etwa 1,1 Mio. Franken im Vergleich zum Voranschlag 2012, dies aber vor allem aufgrund einer Änderung der Darstellung bei der Dienststelle für Krankenkasse und AHV. Neu werden nicht nur die Nettozahlen, sondern die Bruttozahlen aufgeführt. Diese Änderung ist bereits in der Rechnung 2011 zu sehen, leider aber noch nicht bei den Zahlen im Voranschlag 2012."

Weitere wesentliche Veränderungen sind:

1. Die Führung des Datenpools für den Kanton: rund 40'000 Franken Mehraufwand, welche aber vom Kanton abgegolten werden, Position 6115.45100. Dieser Mehraufwand und die Abgeltung werden bereits nächsten Frühling in der Rechnung 2012 auftauchen, obwohl im Voranschlag 2012 noch nicht aufgeführt.
2. Die Aufstockung der Stellenprozente bei der Krankenkassenkontrollstelle unter Besoldungen: Das vermehrt konsequente 'Case Management' ist in den Erläuterungen ausführlich erklärt. Ziel dieser Erhöhung ist unter anderem weniger Verlustscheine bei den nicht gedeckten Krankheitskosten verbuchen zu müssen. Dieser Nettoaufwand stieg dieses Jahr um rund 185'000 Franken.
3. Ein Mehraufwand von rund 160'000 Franken unter Konto 36500 bei der gemeinwirtschaftlichen Spitex: Dies aufgrund eines Budgetfehlers der letzten Jahre und eines weiteren Ausbildungsplatzes. Ausserdem wird der administrative Bereich personell ausgebaut.
4. Ein Mehraufwand von 200'000 Franken für den Beitrag an stationäre Aufenthalte, Stichwort Pflegefinanzierung: Diese Mehrkosten sind praktisch vollumfänglich fremdbestimmt

Die GPK Gesellschaft und Sicherheit hat dem Budget für die Abteilung 6, Gesundheit, einstimmig zugestimmt. Danke."

6005 - Abteilungsbezogene Aufwendungen und Erträge

31805 - Projekt Gesundheitsförderung

Gemeinderat Fredi Marty: "Da für 2013 noch kein konkretes Projekt geplant ist, muss kein 'Alibi-Kostendach' veranschlagt werden. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass eine Stadt nicht die vordringliche Aufgabe hat, Gesundheitsförderungsprojekte für die Bevölkerung zu initiieren. Man sollte es hier nicht übertreiben und mehr auf die Selbstverantwortung eines jeden Einzel-

nen vertrauen. Ich stelle Ihnen daher den Antrag, die 10'000 Franken 'für irgend etwas' zu streichen."

Aus dem Rat und seitens der zuständigen Stadträtin liegen keine Wortmeldungen vor, sodass der **Ratspräsident** zur Abstimmung über diesen Antrag von Gemeinderat Fredi Marty übergeht.

Abstimmung Antrag Marty: Mit 30 Nein- und 2 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, wird der Antrag von Gemeinderat Fredi Marty abgelehnt.

7 - ABTEILUNG SOZIALES

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung ist im Griff 2, Seiten 43 bis 48, zu finden. Eine Investitionsrechnung ist in dieser Abteilung keine vorhanden."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Markus Frei, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "Wir sind hier offenbar, um über Ausgaben und Einnahmen der Stadt zu diskutieren. Wir wollen dies mit dem nötigen Ernst in der Sache und auch ebenso mit dem nötigen Respekt voreinander tun, sowohl hier drinnen als auch draussen in den Medien. Der Lohn des Stadtmanns gehört zwar noch nicht zur Abteilung 'Fürsorge und Soziales', es geht aber doch immerhin um Stühle, wie letzten Freitag in den Medien publik gemacht wurde und dies bei einem Nettovolumen von 155 Mio. Franken im Jahr.

7005 - Abteilungsbezogene Aufwendungen und Erträge

31100/31500 - Besoldungen Sekretariat/Unterhalt, Mobiliar, Geräte

Das 'Sternlein' dort beim Konto 31500 können Sie tipexen, das gehört zum Konto 31100. Und nun zu diesen Stühlen eben Folgendes: Zu Griff 6, Seite 4, 'Anschaffung Mobiliar Geräte, Maschinen' - da hat Gemeinderat Fredi Marty schon daraufhingewiesen - ist Folgendes festzuhalten:

1. Mit 15'000 Franken ist ein Rahmenkredit angegeben, der nicht auf Teufel komm raus voll ausgeschöpft werden muss.
2. Ein Stuhl aus einem Frauenfelder Geschäft (was nicht heisst, dass es billig sein muss) kommt auf 550 bis 650 Franken zu stehen. Des Weiteren müssen weitere Büromöbel wie Tische, Lateralschränke und so angeschafft werden.

3. Zur Erinnerung: Bei der Einrichtung des Büros für die Fachstelle für Integration wurde die gesamte Einrichtung an einer Auktion erstanden. Es wird also nicht einfach mit voller Kelle angerührt, sondern es wird verantwortungsvoll geplant und eingekauft.

Soviel zu den Details, doch jetzt zu einem etwas grösseren Überblick:

Für das Jahr 2013 gibt es zwei Hauptgründe, die für die Kostenentwicklung ausschlaggebend sind: Einerseits die Personalkosten für die neu zu schaffende Berufsbeistandschaft, gleichzeitig der Wegfall der Amtsvormundschaft - mit ein Grund, warum der Gesamtaufwand für die Abteilung Soziales von 18,5 Mio. Franken im letzten Jahr auf 18,1 Mio. Franken im aktuellen Vorschlag zurückgeht und andererseits die Mehrausgaben bei den Fürsorgekosten.

Fürsorgekosten

Auf einige düstere Vorahnungen habe ich an dieser Stelle schon vor einem Jahr hingewiesen. Es wurde befürchtet, dass es zu einer beachtlichen Mehrzahl von vormundschaftlichen Platzierungen kommen würde. Leider lag man mit dieser Vermutung richtig. Besserung ist nicht in Sicht.

Zur Illustration hier nur zwei Beispiele:

- Ein erstes: Bei einem Todesfall einer Mutter von drei Kindern mussten zwei Kinder platziert werden, das dritte konnte beim Vater bleiben.
- Ein zweites: Ein Jugendlicher - die Eltern völlig überfordert - in der Schule nicht nur auffällig, sondern untragbar wird in ein Schulheim eingewiesen, haut aber auch dort ab. Was nun? Prügelstrafe nützt nichts mehr - das kannte er schon von zu Hause. Bei uns wird moniert, alle Hilfsmassnahmen zu streichen. Die Befürchtungen: Er zieht von zu Hause aus und zieht auch seine Schwester noch in den Schlamassel und bald muss die Jugendanwaltschaft oder der Strafvollzug Hilfe anbieten. Der (etwas zynische) Zusammenhang mit unserem Geschäft hier ist der, der Jugendliche wird im Strafvollzug noch mehr kosten, aber es wird aus einem anderen Kässeli bezahlt - nämlich vom Kanton.

Solche Geschichten gibt es leider immer mehr. Sie sind nicht nur finanziell, sondern auch nervlich und zeitlich sehr aufwändig.

Kostentreibend wirkt sich auch der Wegfall des Zuständigkeits- und Unterstützungsgesetzes (ZUG) innerhalb des Kantons Thurgau aus. Aufgrund eines Vorstosses im Kantonsparlament kann seit Januar 2012 im Rahmen dieses Gesetzes nicht mehr mit den Thurgauer Gemeinden abgerechnet werden. Bis anhin ersetzten die Heimatgemeinden für Personen, die in Frauenfeld wohnhaft waren und Unterstützung genossen, während zwei Jahren die gesamten Unterstützungskosten. Die stattgefundene Änderung hat zur Folge, dass Unterstützungs- und Platzierungskosten nun voll von Anbeginn an zulasten der Stadt Frauenfeld gehen. Diese neue Situation betrifft vor allem die Zentrumsgemeinden - und so auch Frauenfeld.

Noch ein Punkt, der zur Aufwandsteigerung geführt hat und progressiv in diesem Jahr zunimmt, ist die Tatsache, dass seit der fünften IV-Revision mit den Gutsprachen der Renten eine deutlich härtere Linie gefahren wird. Das wird oft gefordert. Dies ist für die Sozialhilfe deutlich spürbar.

Zur neu ab 1. Januar 2013 zu schaffenden Berufsbeistandschaft, vormals Amtsvormundschaft: Die Amtsvormundschaft ist für 2013 nicht mehr budgetiert, weil an deren Stelle die Berufsbeistandschaft tritt. Dies infolge einer bundesrechtlichen Vorgabe. Die Amtsvormundschaft geht als Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) zum Kanton, bei der Gemeinde bleibt die Berufsbeistandschaft.

Das tönt zunächst so, wie wenn der Kanton der Gemeinde etwas abnähme. Bei genauerem Hinsehen werde ich aber den Verdacht nicht los, dass wenn der Kanton etwas übernimmt, dies die Gemeinde immer noch teuer zu stehen kommt. Und ob dann die Qualität besser wird, das wird sich erst noch weisen müssen.

Konkret sieht das im Voranschlag 2013 wie folgt aus:

Das Konto 7120, 'Amtsvormundschaft', wird also aufgelöst bzw. umbenannt und erscheint neu unter Konto 7121 als 'Berufsbeistandschaft'.

Beim Konto 72 sehen Sie, dass die ganze Kontogruppe 7210, Sekretariat Vormundschaftsbehörde, wegfällt. Das geht an den Kanton.

Im Bereich Vormundschaft in Frauenfeld entfallen auf eine 100%-Arbeitsstelle 65 bis zum Teil über 70 Mandate. Die Schweizerische Konferenz der Vormundschaftsbehörden empfiehlt nach neuem Recht einen Richtwert von 55 bis 60 Mandate auf eine 100%-Stelle. Ebenfalls rechnet diese Konferenz mit dem neuem Recht und ihren Instituten mit einer Fallzunahme von 10 - 15%. Die Verordnung unseres Obergerichtes verlangt explizit die notwendigen Ressourcen für die personelle Ausstattung. Das heisst für uns in Frauenfeld eine Aufstockung um eine 80%-Stelle.

Eben dieses Obergericht aber schaufelt indes den Berufsbeistandschaften gehörige Pensen an Arbeit zu, so zum Beispiel Amts- und Sozialberichtsufträge - ohne Entschädigung nota bene. Ebenfalls zu den Berufsbeistandschaften gehören neu die Akquirierung, Instruktion, Unterstützung und Schulung der rund 60 privaten Mandatsträger. Das sind Leute, die sich freiwillig melden oder die man eben suchen muss, um zum Beispiel verbeiständete Menschen zu begleiten - also freiwillige Beistandschaft neben Berufsbeistandschaft. In einem Jahr werden wir zu diesem Konto Berufsbeistandschaften mehr Daten und Zahlen kennen und dann auch mehr wissen.

Die Angaben bei den Asylbewerberinnen und -bewerbern bewegen sich im Rahmen des Vorjahres. Entwicklungen in diesem Bereich sind schwer abzuschätzen. Doch weil unterdessen das Durchgangsheim angerechnet werden kann, bietet Frauenfeld gemäss Regierungsratsentscheid genügend Plätze an.

Ebenso gibt es beim Arbeitsamt keine grossen Veränderungen, ausser dass aufgrund des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Bezugsdauer für Arbeitslosengelder verkürzt wurde. Arbeitslose werden so schneller ausgesteuert und erscheinen deshalb früher auf der Fürsorge. Letztes Jahr wurden im Kanton Thurgau 1'270 Arbeitslose ausgesteuert. In Frauenfeld betrifft dies 100 Personen.

Fachstelle für Integration

Bleiben noch das Konto 7410, Fachstelle für Integration, Konti 30102 und 30103 Besoldungen Integrationsprojekte und Besoldungen Stadtentwicklungsprojekte: Diese beiden Konti mussten aufgehoben werden, weil die Zeit- und Projekterfassungssoftware nur ein einziges Lohnkonto akzeptierte, und somit alle Besoldungen unter ein Konto, nämlich 30101, aufgenommen werden mussten - das ist kein Witz!

Eine Ergänzung noch zu den Ergänzungen und zwar beim Konto 36500, Integrationsprojekte. Hier werden nicht nur Projekte erfunden und bei der Stadt die hohle Hand gemacht, sondern fundraisingmässig werden da Mittel von Kanton, Bund, Stiftungen und Privaten akquiriert, um die Projekte auch umzusetzen - auch in Zusammenarbeit mit andern hiesigen Organisationen, zum Beispiel der Perspektive in Frauenfeld.

Beim Konto 46100, Beiträge an Integrationsprojekte, stellen wir eine über die Jahre kontinuierlich steigende Zunahme und Erhöhung der Erträge fest. Das ist so, weil die Kurse ankommen. Immer mehr Menschen, zum Teil ganze Familien, nehmen daran teil und eine höhere Anzahl Kurse führen zu mehr Kurseinnahmen.

Integration ist eben wichtig und notwendig für beide Seiten. Die Bereitschaft zur Integration ist auch eine Bringschuld: Was kann ich als Einwanderer diesem Land bringen? Ich weiss, ich bin da ziemlich naiv, aber das bleibe ich auch. Wenn ich diese Frage einem Einwanderer stelle, ist der perplex und hört diese Frage eigentlich das erste Mal. Ah, ich kann auch etwas bringen! Und das bringt mindestens im Denken etwas. Natürlich: Es wird immer Fürsorgeempfänger geben, die zur Kompensation des Minderwertigkeitskomplexes mit dicken Autos vorfahren. Dies gilt es zu ändern. Natürlich wird es immer die Eltern geben, die eigentlich Erziehungshilfe und Sprachkurse nötig haben und doch nicht an die angebotenen Kurse kommen. Sie kommen nicht deshalb nicht, weil sie willentlich nicht wollen, sondern weil sie aus Scham nicht können. Doch die Integration der Einwandererkinder ist unabdingbar, damit unsere Gesellschaft auf dem heutigen Niveau überleben kann. Dafür bietet unsere Fachstelle für Integration ihre Kurse an.

Investitionsrechnung

Wie üblich erscheint von der Abteilung Soziales nichts in der Investitionsrechnung. Den Saldo im Betrag von 7'343'300 Franken darf man als Investition in Menschen in unserer Stadt betrachten - auf dass es uns allen gut gehe!

Auch dieses Jahr waren die Unterlagen der Abteilung 7 von den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern klar, vollständig und ausführlich aufbereitet. Dasselbe gilt für die ergänzenden Erläuterungen. Herzlichen Dank für diese Vorarbeiten! Dieser Dank geht auch an alle Beteiligten in der Stadt, besonders an den Protokollschreiber und die Protokollschreiberin.

Zu guter Letzt will ich mich auch dem Dank an Ruedi Studer anschliessen. Vielen Dank für deine geleisteten Dienste in der Vergangenheit. Wir wünschen dir alles Gute und alles Schöne für deine Zukunft. Danke."

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Besten Dank, Markus Frei oder Theologe Markus Frei. Das war zwar nicht eine eigentliche Predigt, aber von der Dauer her haben Ihnen alle wie bei einer Predigt zugehört. Danke."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Gestatten Sie mir zu einer Bemerkung der sehr guten 'Predigt' - so würde ich wieder mehr in die Kirche gehen - gleichsam in indirekter eigener Sache Stellung zu nehmen. Es wurde gesagt, das Obergericht habe den Berufsbeistandschaften Arbeit zugeschanzt. Es ist nicht das Obergericht, das diese Arbeit zuschanzt. Es steht zwar in der neuen Verordnung zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht drin, dass diese Berufsbeistandschaften Sachverhaltsabklärungen für die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde machen müssen. Für deren Erlass ist aber das Obergericht zuständig. Insoweit ist alles korrekt. Nur, es handelt sich um eine Verordnung - eine Ausführungsbestimmung zu den gesetzlichen Grundlagen. Die gesetzlichen Grundlagen sind im Zivilgesetzbuch und im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB) enthalten. Das EG zum ZGB hat der Grosse Rat erlassen und dort ist die Pflicht für die Berufsbeistandschaften enthalten, solche Sachverhaltsabklärungen vorzunehmen. Der Grosse Rat hat dies so festgelegt. Im Grossen Rat sitzen auch drei Mitglieder unseres Stadtrats und in unserem Gemeindeparlament sind ebenfalls Grossratsmitglieder vertreten. Wir vom Obergericht haben das nur vollzogen. Wir haben es aber im EG zum ZGB noch eingeschränkt. Dort war die Pflicht einfach so vorbehaltlos enthalten. Wir haben dies dann in der Verordnung zugunsten der Gemeinden etwas eingeschränkt."

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich stelle Ihnen keinen weiteren Antrag. Ich möchte aber ganz kurz zum Konto 7410, Fachstelle für Integration, sprechen. Wir haben heute nicht die Zeit, eine Integrationsdiskussion zu führen, von welcher Seite her die Bemühungen kommen müssen. Ich mache Sie einfach darauf aufmerksam - und hinterfragen Sie das auch einmal kritisch -, dass vor etwa 10 bis 12 Jahren dies mit einem Versuchsbetrieb begann - Frau Vizeammann Christa Thorner möge mich korrigieren - und einer Teilzeitstelle. Das hat eine Eigendynamik angenommen. Heute ist sehr viel Wunschbedarf in diesem umfangreichen Stadtentwicklungsprojekt. Man sehe sich die Zahlen an - Ausgaben von über 1 Mio. Franken und Erträge von rund 500'000 Franken. Ich finde, wir müssen hier den Aufwand doch Jahr für Jahr kritisch hinterfragen. Ich wollte nur diese Bemerkung anbringen. Es hat ganz klein angefangen!"

8 - ABTEILUNG JUGEND, SPORT UND FREIZEIT

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung befindet sich im Griff 2, Seiten 49 bis 54, und die Investitionsrechnung können Sie dem Griff 3, Seiten 12 bis 13, entnehmen."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Christoph Keller, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "Einleitend möchte ich Ihnen einige budgetrelevante Infos aus der GPK-Sitzung vom 29. Oktober 2012 geben, bei welcher wir von Stadtrat Ruedi Huber und Amtschef Fabrizio Hugentobler kompetent und transparent über das Budget der Abteilung 8 ins Bild gesetzt wurden.

Stadtrat Ruedi Huber betonte bei dieser Gelegenheit, dass die vielen Anlagen der Abteilung sehr unterhaltsintensiv sind, aber auch ausserordentlich gut genutzt werden. Vor allem im Hallen- und Freibad sind Hygiene, Sauberkeit und Sicherheit sehr kostenintensiv. Ein weiterer grosser Kostenfaktor sind die Energiekosten und die Energieoptimierungsausgaben. In diesem Bereich hat Stadtrat Huber der GPK eine Zusammenstellung in Aussicht gestellt, in der die Aufwendungen für die Energieoptimierungen, die Publikumsnutzung und die Entwicklung des Energieverbrauchs in Relation gestellt werden. Irgendwann ist nämlich das System ausgereizt, die Grenzen der Kunsteisbahn und des Hallen- und Freibades sind langsam erkennbar. Aus diesem Grund wird die GPK die Kunsteisbahn und die Badi im kommenden Jahr je einmal besuchen und zusammen mit den Verantwortlichen einen Blick in die Zukunft werfen.

Interessant war auch zu erfahren, dass der stadträtliche Beschluss, beim Gasverbrauch müsse 20% Biogas verbraucht werden, zwar unterstützenswert ist, auf der anderen Seite aber der Abteilung pro Jahr 90'000 Franken Zusatzkosten bescheren.

Positiv wurde an der GPK-Sitzung der Garderobenumbau im Hallen- und Freibad vermerkt, der die Situation stark verbessert hat. Eine längere Diskussion ergab sich aus der Tatsache, dass die Nutzung durch Auswärtige, vor allem des Hallen- und Freibades, teilweise gegen 50% beträgt. Die GPK unterstützte die Absicht der Verantwortlichen ausdrücklich, dieses - wie Stadtrat Huber mehrfach betonte - heisse Eisen anzugehen und Vorschläge auszuarbeiten, wie man dieser Tatsache gerecht werden kann.

Die Turnfabrik und die geplante Schwinghalle werden mit Baurechtsverträgen über 30 Jahre ermöglicht. Falls ein Betreiber 'keine Lust an der Nutzung' mehr hat, muss er gemäss Vertrag die Anlage 'bis auf die grüne Wiese zurückbauen' oder die Gemeinde übernimmt die Anlage zu einem Zeitwert. An der kürzlichen Einweihung, der mit sehr viel Enthusiasmus und Elan aus dem Boden gestampften Turnfabrik, konnte sich jedermann selber davon überzeugen, dass diese Lust zumindest bei den Turnern wohl noch lange anhalten wird.

Und nun zu einigen Zahlen:

Der Voranschlag 2013 weist einen Aufwand von 5,455 Mio. Franken und einen Ertrag 2,494 Mio. Franken sowie einen Negativsaldo 2,96 Mio. Franken auf. Diese Zahlen sind vergleichbar mit den Vorjahren und können als solid bezeichnet werden.

8110 - Casino*31400 - Baulicher Unterhalt*

Im löchrigen Boden der Bühnengarderobe wurde asbesthaltiges Material entdeckt. Die zusätzlichen 25'000 Franken sind für eine Asbestsanierung gedacht. Dass bei Asbest richtig und fachgerecht saniert und nicht einfach mit Flüssigkunststoff zugedeckt wird, war unbestritten.

8120 - Jugendarbeit*30100 - Besoldungen*

Die hier anfallenden um 26'000 Franken höheren Ausgaben gehören zum Projekt 'Jugendinformation'. Hier wird die Administration vorübergehend leicht ausgebaut. Da der Kanton eine ähnliche Institution plant, leistet er einen Unterstützungsbeitrag, um von den Frauenfelder Erfahrungen profitieren zu können.

31800 - Projekte Frauenfelder Jugendarbeit

Hier gibt es eine Reduktion um gut 30'000 Franken bei den Projektausgaben zu Gunsten des Ausbaus eines bestehenden Proberaumes im Oberwiesen und der Zumiete eines neuen Raumes, wie man aus den verschiedenen Positionen selber ersehen kann.

8310 - Hallen- und Freibad*31200 - Wasser, Energie, Heizung*

Die Energiekosten steigen trotz Energieoptimierungen um 7%. Hier schlägt neben sonst schon hohen Energiekosten die 20%ige Abnahmepflicht von Biogas zu Buche, was, wie Sie schon gehört haben, rund 90'000 Franken Mehrkosten pro Jahr ausmacht. Hier verlangt die GPK, wie eingangs erwähnt, eine Aufstellung des Energieaufwandes und der Optimierungskosten für einen Vergleich."

Investitionsrechnung

Gemeinderat Christoph Keller, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "In der Abteilung 8 werden insgesamt 1,7 Mio. Franken investiert.

8210 - Sportplatz

Hier wird auf Platz 2 für 125'000 Franken eine Beleuchtung installiert. Der am häufigsten genutzte Spiel- und Trainingsplatz hatte bis heute keine Beleuchtung.

Dann gibt es für 100'000 Franken einen neuen Spindelrasenmäher. Hier bleibt zu hoffen, dass der FC Frauenfeld mit dem helleren Trainingsplatz und dem noch besser geschnittenen Rasen möglichst bald wieder mindestens in der 1. Liga spielt, was der hervorragenden Infrastruktur auf der Kleinen Allmend mindestens angemessen wäre.

8310 - Hallen- und Freibad

40'000 Franken sind für eine Studie vorgesehen, welche die Sanierung des schon seit längerer Zeit unter Beobachtung stehenden Hallenbaddaches zum Ziel hat.

Dann zu einer Geschichte, die Sie vielleicht auch kennen, wenn Sie die Badi besuchen. 180'000 Franken sind für den Ersatz der Kassensoftware und eines Grossteils der Hardware vorgesehen. Hier möchte man einem leidigen Thema für Besucher und Personal Abhilfe schaffen und die häufigen, teilweise temperaturbedingten Systemabstürze verhindern. Der Betrag reicht für das Hallen- und Freibad sowie die KEB. Da aber der Hauptrechner in der Badi steht, wird die Investition unter dem Konto 8310 budgetiert.

100'000 Franken sind für die bereits fünfte Energieoptimierung der Badi gedacht. Bei dieser Tranche geht es vor allem um Abklärungen bezüglich Optimierungspotential der Gebäudehülle.

8320 - Kunsteisbahn

900'000 Franken sind für ein Anergie-Netz vorgesehen. Dies ist betriebswirtschaftlich im Moment noch fragwürdig, weil das Gas noch immer klar günstiger käme. Energiepolitisch ist es aber sinnvoll, weil im Moment rund 80% der Kunsteisbahn-Abwärme verpuffen. Neu wird das Anergie-Netz nicht nur für die Kunsteisbahn, sondern zusätzlich auch für die Turnfabrik, den geplanten Schwingkeller und sämtliche Sportplatzgarderoben zum Einsatz kommen.

Die zwei letzten Beträge sind 120'000 Franken für die Anpassungen der Kühlanlage und 140'000 Franken für die Sanierung von Kalt- und Warmwasserleitungen.

Die GPK stimmte dem Budget der Abteilung 8 zu.

Dass eine dreieinhalbstündige Budget-GPK-Sitzung mit vier Abteilungen auch sehr weiterbildend, teilweise auch amüsant und kreativitätsfördernd sein kann, möchte ich abschliessend mit zwei Beispielen illustrieren.

So wurde beispielsweise dramaturgisch clever die als Musterstücke mitgebrachten, äusserst stark korrodierten und verkalkten Wasserleitungsrohre nicht etwa einfach herumgereicht. Stadtmann Carlo Parolari höchst persönlich trug die Rohre rund um das Sitzungszimmer, was die zustimmenden Arme der GPK-Mitglieder nur so in die Höhe schnellen liess.

Besonders originell war auch die Information, dass Architekten von Hallen- und Freibädern pro Besucher mit 2ml Urin rechnen. Schnell kalkulierte ich, dass bei 300'000 Besuchern pro Jahr rund 600 Liter 37-gradiger Urin zusammenkommt. Von den Verantwortlichen der Werkbetriebe habe ich in Erfahrung bringen können, dass das Energiepotenzial dieser etwa vier Badewannen füllenden Urinmenge nicht dazu ausreicht, in die Kränze für die sechste Energieoptimierung zu kommen: 600 Liter 37-gradiger Urin hat gemäss den werkhöflichen Fachleuten etwa dieselbe

Energie wie 2,5m³ Erdgas, 2,3 Liter Öl oder 25,8 kWh Strom, was wiederum für etwa ein bis zwei Tage zur Heizung eines Einfamilienhauses reichen würde.

Abschliessend möchte ich es nicht unterlassen, im Namen der GPK Gesellschaft und Sicherheit allen für die Aufbereitung der Zahlen verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihre Arbeit zu danken. Besonders danken möchte ich auch Finanzminister Ruedi Studer für seine letzten Budgetzahlen: Seine Kompetenz und stoische Ruhe beim Zahlenjonglieren haben mich immer wieder von Neuem stark beeindruckt. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit."

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Besten Dank für die Ausführungen. Ich stelle fest, es werden nicht nur neue Stadtpräsidenten gesucht. Wir haben jetzt auch 'Minister' in unserer Stadtverwaltung."

WERKBETRIEBE

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung finden Sie im Griff 8, Seiten 15 bis 20, und die Investitionsrechnung ebenfalls im Griff 8, Seite 27."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Jörg Schläpfer, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Die GPK wurde an ihrer Sitzung vom 24. Oktober durch den Stadtammann sowie den Leiter und den technischen Kaufmann der Werkbetriebe detailliert über den Voranschlag informiert.

Das ausgeglichene Budget 2013 widerspiegelt die gesunde Finanzlage der Werkbetriebe Frauenfeld. Und der budgetierte Umsatz von 63,1 Mio. Franken illustriert. Die an die Werkbetriebe anfallenden Abgaben spielen eine wichtige Rolle für die Einwohner und das Gewerbe Frauenfelds.

Gegenüber dem letzten Voranschlag steigt der Umsatz um 4,4 Mio. Franken. Diese Erhöhung ist hauptsächlich auf das Gaswerk zurückzuführen. Auch wenn die gestiegenen Einstandspreise durch eine Entnahme von 350'000 Franken aus der Spezialfinanzierung Preisausgleich Erdgas abgedeckt werden, wird ein Teil der Kostenerhöhung der Lieferanten dem Kunden weiterverrechnet (4%). Zudem wird der kalte Fernwärmehring dem Gaswerk knapp 2 Mio. Franken Mehrumsatz über das Konto Arbeiten für Dritte einbringen.

Beim Erdgas steht eine analoge Liberalisierung an, wie kürzlich beim Strom vollzogen worden ist. Dabei verwenden und bezahlen alle Kunden das Netz der Werkbetriebe Frauenfeld. Der Anbieter der Energie selbst ist frei wählbar. Vor allem schweizweit tätige Grosskunden nutzen diese Wahlmöglichkeit. Diese national tätigen Betriebe schliessen für alle Filialen in der Schweiz mit einem Stromlieferanten einen Vertrag ab, auch in der Hoffnung auf Mengenrabatt. Damit gehen

den Werkbetrieben Frauenfeld Grosskunden verloren. In diesen Monaten waren es beim EW sechs an der Zahl. Aus diesem Grund ist beim Stromverbrauch mittlerweile eher von einem gleichbleibenden Betrag auszugehen, als von der im gedruckten Budget angegebenen einprozentigen Steigerung. Die um 6% sinkenden Netzkosten können die erhöhten Einkaufskosten beim Strom kompensieren, sodass der tatsächliche Stromtarif im Herbst gesenkt werden konnte.

Beim Wasser wird mit gleichbleibendem Verbrauch gerechnet, und auch die Tarife sind seit 20 Jahren dieselben.

Die Lohnsumme der Werkbetriebe steigt im Jahr 2013 um 1,8% an, bedingt durch analoge Erhöhungen wie bei der Stadt und einer Übergangsphase aufgrund einer Neubesetzung einer Stelle.

In den Jahren 2012 und 2013 vollziehen die Werkbetriebe noch ordentliche Abschreibungen. In den Jahren davor wurden auch ausserordentliche Abschreibungen getätigt."

Investitionsrechnung

Gemeinderat Jörg Schläpfer, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Das prägende Element beim Voranschlag der Werkbetriebe sind die kommenden Investitionen. Wurden im Jahr 2011 noch 3 Mio. Franken brutto investiert, sind es im Jahr 2012 und auch 2013 schon 8 Mio. Franken. Sowohl beim Elektrizitätswerk wie auch beim Gaswerk und beim Wasserwerk werden dabei zahlreiche Anlagen und Leitungen im Sinne einer vorausschauenden Versorgungssicherheit erneuert.

Die derzeit sehr tiefen Restbuchwerte werden in den kommenden Jahren also wieder ansteigen, alleine in diesem Jahr von 9,9 auf 13,8 Mio. Franken. Eine Erhöhung der Restbuchwerte ist passend, denn diese sind derzeit relativ tief, wenn man sich die gesamte Infrastruktur vor Augen führt.

Der Gemeinderat wird in naher Zukunft einige Botschaften zu Investitionen aus den Werkbetrieben beraten, zum Beispiel den kalten Fernwärmering, das Kleinkraftwasserwerk Aumühle oder eine Photovoltaikanlage, in der Staat und Private gemeinsam investieren.

In der GPK gab es keine wirklich kontroverse Diskussion um einen einzelnen Posten im Voranschlag 2013 oder in der Investitionsrechnung. Folglich wurde auch der Antrag 3 der stadträtlichen Botschaft einstimmig von der GPK gutgeheissen."

ALTERSZENTRUM PARK

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Der Voranschlag des Alterszentrums Park ist unterteilt in Alterszentrum Park, Tageszentrum Talbach und Parksiedlung Talacker. Die Laufende Rechnung ist im Griff 9, Seiten 1 bis 9, und die Investitionsrechnung ebenfalls im Griff 9, Untergriff 6, aufgeführt.

Haus Ergaten Talbach und Betreutes Wohnen

Gemeinderat Michael Hefti, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "Der Kanton wird per 1. Januar 2013 die kantonalen Pflegenormkosten erhöhen. Die Gemeinde ist verpflichtet, ihren Beitrag dem kantonalen Beitrag anzupassen. Die Beiträge an die Pflegenormkosten werden von Kanton und Gemeinde im Verhältnis 50:50 aufgeteilt. Das Ganze kommt einer Erhöhung der Tarife gleich, welche aber nicht die Bewohner berappen, sondern der Kanton und die Gemeinde. Nun stellte sich in unserer GPK die Frage, ob für diese Tarifanpassung der Gemeinderat zuständig sei. Da es sich aber um eine Erhöhung der Tarife des Kantons und der Gemeinde handelt, und eben nicht den Eigenanteil der Bewohner betrifft, hat die GPK folgendes Vorgehen beschlossen:

Die GPK hat einstimmig beschlossen, die Erhöhung der Gemeindebeiträge an die Pflegenormkosten für das Jahr 2013 zu genehmigen - dies aber im Sinne einer einmaligen Ausnahme. Für andere ähnlich gelagerte Fälle ist dem Gemeinderat eine entsprechende Reglementsanpassung vorzulegen, welche die genauen Zuständigkeiten regelt.

Tageszentrum Talbach

Seit Anfang 2012 ist das Tageszentrum an vier Tagen geöffnet, bisher an drei Tagen. Im 2013 soll das Zentrum an fünf Tagen offen sein. Bereits ist eine 90%-ige Belegung zu verzeichnen. Zirka ein Drittel der Nutzer der Tageszentrums sind Frauenfelder, der Rest stammt aus anderen Gemeinden.

Parksiedlung Talacker

Die mit 660'100 Franken budgetierten Abschreibungen und die Abschreibungstabelle für die folgenden 40 Jahre, welche der GPK vorgelegt wurde, gab in unserer Kommission viel zu reden. Die Abschreibung wurde teils als zu tief eingeschätzt. Auf einen Änderungsantrag wurde aber verzichtet. Die Baukostenabrechnung und die Empfehlungen der Revisionsstelle werden für eine fundierte Diskussion zu diesem Thema abgewartet.

Die GPK Gesellschaft und Sicherheit stimmte dem Voranschlag 2013 des Alterszentrums Park mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu. Besten Dank."

Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen.

ANSCHAFFUNGEN, MOBILIAR, GERÄTE, MASCHINEN, FAHRZEUGE/KONTI 31100 (Griff 6)

Keine Bemerkungen.

FINANZKENNZAHLEN OHNE WERKBETRIEBE (Griff 7)

Keine Bemerkungen.

STAND DER LANGFRISTIGEN DARLEHEN UND ZINSAUFWENDUNGEN FÜR DEN VORANSCHLAG 2013 (Griff 10)

Keine Bemerkungen.

KOSTENENTWICKLUNG SOZIALDIENSTE (Fürsorge; 7110 und 7115; Rechnung 2002 bis Voranschlag 2013; Griff 10)

Keine Bemerkungen.

RÜCKKOMMEN

Seitens des Rates wird kein Rückkommen auf den Voranschlag 2013 gewünscht.

BOTSCHAFT; ANTRÄGE

Der **Ratspräsident** stellt vorerst die vier stadträtlichen Anträge auf Seite 28 der Botschaft Nr. 13 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 2. Oktober 2012 zur Diskussion.

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich habe Ihnen beim Eintreten versprochen, noch einen Antrag am Schluss zu stellen. Der Stadtrat hat seine Anträge gestellt, also kann ich da nicht gut einen Antrag 2 im Namen des Stadtrats stellen. Ich stelle also den Antrag an den Gemeinderat und zwar der einer Reduktion des Steuerfusses für die Stadt Frauenfeld um drei Prozentpunkte auf 57% der einfachen Staatssteuer zuzustimmen. Das wäre mein Antrag aufgrund meiner Beurteilung der Finanzlage und des Voranschlags 2013."

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich möchte nicht verlängern, aber trotzdem kurz etwas dazu sagen. In Ihrem Eintretensvotum haben Sie gesagt, wir hätten viel zu pessimistisch budgetiert. Es käme dann in der Regel immer besser heraus. Und das ist Ihre Hauptbegründung, weshalb Sie eine weitere Steuerfussreduktion beantragen.

Letzte Woche ist an der Universität Lausanne der Vergleich 2011 der Kantons- und Gemeindefinanzen neu herausgekommen. Lausanne ist jene Uni, die mich und Finanzchef Ruedi Studer ausgezeichnet hat, als die Stadt mit den besten öffentlichen Finanzen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir uns nach wie vor in den Top 3 befinden. Sie können mir vorwerfen, was Sie wollen, aber wir sind mit Abstand Schweizermeister in der Genauigkeit der Steuerprognosen.

Das lasse ich so nicht auf mir sitzen. Ich zitiere das Fazit dieser Studie, in der es heisst, dass alle Gemeinden in der Regel zu tiefe Steuerprognosen machen. Zitat: 'Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre weisen zwei Städte eine praktisch genaue Steuerprognose auf, nämlich Frauenfeld mit plus 0,85% Abweichung von der Prognose und Könitz mit minus 0,52%: Wir sind die Einzigen, Gemeinderat Fredi Marty, die leicht im Positiven sind. Alle anderen Städte liegen zum Teil bis 11,25% daneben, bezogen auf den Zehnjahresdurchschnitt. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Ausser Frauenfeld weisen deshalb alle Städte im Durchschnitt der letzten zehn Jahre eine zu tiefe Steuerprognose auf. Diesen leisen Vorwurf lasse ich somit nicht auf mir sitzen. Wenn wir etwas können, dann sind es Steuerprognosen vorzunehmen. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen."

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich habe dem Stadtrat keinen Vorwurf gemacht. Ich stelle nur einen Antrag."

Nachdem die Diskussion zu diesem Antrag seitens des Rates nicht gewünscht wird, lässt der **Ratspräsident** darüber abstimmen.

Abstimmung Antrag Marty: Dieser Antrag wird mit 28 Nein- und 2 Ja-Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen zu den stadträtlichen Anträgen liegen nicht vor, sodass der **Ratspräsident** noch einmal dem Stadtammann das Wort erteilt.

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich danke Ihnen namens des Stadtrates für die heutige sehr gründliche und intensive Diskussion im Rat, aber auch in den GPKs und den Fraktionen. Besten Dank für das Vertrauen in die Verwaltung und in den Stadtrat.

Verschiedentlich oder fast von jedem Ratsmitglied, das heute gesprochen hat, wurde unserem bewährten Finanzchef Ruedi Studer der Dank ausgesprochen. Nun wird es bald kitschig, Ruedi, aber ich möchte dies hochoffiziell auch tun. Lieber Ruedi, du hast während 33 Jahren die finanziellen Geschicke der Stadt Frauenfeld geleitet und mitgeprägt. Es ist zu einem erheblichen Teil auch dein Verdienst, dass Frauenfeld heute finanziell gesund und solide dasteht. Dabei war das nicht immer so. Bei deinem Amtsantritt war die Stadt stark verschuldet. Zusammen mit unseren Vorgängerinnen und Vorgängern im Stadtrat, vor allem zusammen mit Hans Bachofner, hast du

die Stadtfinanzen saniert und mit uns zusammen in den letzten Jahren konsolidiert. Wir konnten doch immerhin seit 1998 den Steuerfuss um total 25% reduzieren. Ich möchte dir im Namen des Stadtrates, aber auch ganz persönlich, für deinen unermüdlichen Einsatz ganz herzlich danken. Die Verabschiedung erfolgt später.

Es freut mich aber auch ganz besonders, dass der neue Finanzchef, Herr Angehrn, diese ganze lange Sitzung mitangehört hat. Ich schätze es sehr, dass Sie heute bereits zu uns gestossen sind und heisse Sie dann im neuen Jahr herzlich willkommen.

In den Dank mit einschliessen möchte ich aber auch die anderen beiden Finanzchefs der Werkbetriebe und des AZP. Da wird wirklich ausgezeichnete Arbeit geleistet und ich gebe das von Ihnen erhaltene Lob gerne an die Amts- und Dienststellenleiter weiter.

Schon im Vorfeld, meine Damen und Herren, haben wir gesagt, dass wir zuversichtlich in die finanzpolitische Zukunft blicken. Unsere Finanzlage ist solide und gesund. Wir weisen ein erhebliches Nettovermögen aus, das zu hoch ist. Da sind wir uns einig. Deshalb ist es verkraftbar, dass wir Ihnen keine glänzenden Voranschläge vorlegen. Das ist auch nicht unser Ziel, sondern im Gegenteil, es sind drei unspektakuläre Budgets nahe an den Voranschlägen 2012. Wir erheben auch heute, wie schon im Vorjahr, den Mahnfinger. Das haben wir in der Eintretensdebatte schon gehört. Die Wirtschaftsprognosen sind derzeit heikel. Wir haben optimistisch budgetiert. Es stehen mittelfristig hohe Investitionen an. Es wurde auch erwähnt, dass wenn auch mit Sicherheit nicht alles, was im Finanzplan steht, ausgeführt wird, wir die Entwicklung trotzdem im Auge behalten müssen. Das Nettovermögen, Gemeinderat Peter Hausammann hat dies erwähnt, ist dann schnell aufgezehrt. Diese Entwicklung müssen wir sehr aufmerksam verfolgen.

Der Stadtrat dankt Ihnen, dass Sie vor diesem Hintergrund heute auf weitere Steuerfussreduktionen verzichtet haben. Sie haben, meine Damen und Herren, die Budgets der Stadt und ihrer Betriebe in den Kommissionen, den Fraktionen und heute hier im Rat durchleuchtet und geprüft. Wir sind Ihnen zusammen mit den Amtsleitern Red und Antwort gestanden. Wir danken Ihnen, wenn Sie den drei Voranschlägen gemäss Botschaft heute zustimmen."

Der **Ratspräsident** lässt über die vier stadträtlichen Anträge einzeln abstimmen.

Abstimmung Antrag 1: Der Rat stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Abstimmung Antrag 2: Der Antrag 2 erfährt mit 23 Ja-Stimmen, bei 12 Enthaltungen, Zustimmung.

Abstimmung Antrag 3: Der Rat genehmigt den stadträtlichen Antrag 3 einstimmig.

Abstimmung Antrag 4: Mit 31 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, stimmt der Rat auch diesem Antrag zu.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Gemäss Art. 15 Abs. 1 des Besoldungsreglements werden für individuelle Besoldungsanpassungen 1,2% und für Leistungsprämien 0,1% der Gesamtlohnsumme bewilligt.
2. Der Voranschlag 2013 der Stadt Frauenfeld wird gutgeheissen.
3. Der Voranschlag 2013 der Werkbetriebe wird gutgeheissen.
4. Der Voranschlag 2013 des Alterszentrums Park wird gutgeheissen.

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Voranschläge der Stadtverwaltung Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2013 gemäss Ziffer 2, 3 und 4 dieses Beschlusses unterstehen dem fakultativen Referendum der Stimmberechtigten. Die Referendumsfrist beginnt am 29. November 2012 und endet am 14. Januar 2013.

Gemäss Art. 53a unseres Geschäftsreglements bin ich verpflichtet, Sie zu fragen, ob sich jemand für eine Volksabstimmung ausspricht. Ist dies der Fall? Das ist nicht der Fall. Somit haben wir die Beratung des Voranschlags 2013 erfolgreich abgeschlossen und das Ende unserer heutigen Traktandenliste erreicht."

78

EINFACHE ANFRAGE "VORGEHEN STADTBUS" VON GEMEINDERAT ROBERT ZAHND; EINREICHUNG

Nachstehend zu Protokoll der Text der heute von Gemeinderat Robert Zahnd eingereichten Einfachen Anfrage zum Thema "Vorgehen Stadtbus":

Der Stadtrat sorgt mit der Änderung der Stadtbuslinien für rege Diskussionen.

Rechtliche und planerische Grundlagen aus meiner Sicht:

1. Die jetzigen vier Stadtbuslinien (ohne Linie 5) beruhen allesamt auf einem Volksentscheid, dem jeweils ein durch den Gemeinderat genehmigter dreijähriger Versuchsbetrieb vorangegangen ist.
2. Gemäss Gemeindeordnung Art. 36 kann der Stadtrat ausserordentliche Massnahmen anordnen, wenn es die zeitliche und/oder sachliche Dringlichkeit erfordert. Er ist jedoch verpflichtet, unverzüglich die Zustimmung des Gemeinderates einzuholen.
3. Grundsätzlich, so wurde einstmals vereinbart, fährt der Stadtbus die wichtigen Punkte im Stadtgebiet an, also den Bahnhof, wichtige Orte wie Spital, das Alters- und Pflegeheim, Schulen, Altstadt, Einkaufszentren und auch den Friedhof Oberkirch usw.

Das Vorgehen des Stadtrates:

Der Stadtrat begründet sein Vorgehen mit seinem "Recht" über Versuchsbetriebe selber zu entscheiden und er könne die von ihm angeordneten Änderungen nicht mehr rückgängig machen.

Dieses Vorgehen stelle ich in Frage und erwäge dazu, mittels parlamentarischen Vorstosses vorzugehen, damit zukünftig dem Stadtrat der Weg für solche Veränderungen vorgegeben werden kann.

Vorgängig bitte ich betreffend der Stadtbus-Linienänderung um Beantwortung folgender Fragen:

1. *Warum hat der Stadtrat sich nicht an die Gemeindeordnung gehalten und dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet?*
2. *Um was für ein Vorgehen handelt es sich nach Meinung des Stadtrates und wo ist dieses geregelt?*
3. *Wenn der Gemeinderat schon nicht miteinbezogen worden ist, warum wurde diese Anordnung nicht öffentlich aufgelegt mit der Möglichkeit Einsprache, wie das bei jeder Signalisierungsänderung der Fall ist?*
4. *Gilt der Grundsatz nicht mehr, dass mit dem Stadtbus alle wichtigen Zielpunkte (Friedhof Oberkirch) in der Stadt angefahren werden sollten?*
5. *Was kostet die ganze Übung, Planung, neue Fahrpläne, Strassensignalisationen, Wartehäuschen etc.?*

- - -

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: " Ein grosses Dankeschön geht an die Stadtgärtnerei für den liebevoll gestalteten Weihnachtsblumenschmuck. Ihnen allen wünsche ich eine besinnliche Adventszeit und frohe Festtage - Sie haben es sich mehr als verdient! Gönnen Sie sich ein paar Tage Erholung im Kreise Ihrer Familie und Freunde und kommen Sie wohlbehalten im Jahr 2013 hier am 16. Januar zu unserer nächsten Sitzung zurück.

Den Fraktionen, die noch ihr Essen haben, wünsche ich 'en Guete' und noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen."

- - -

Schluss der Sitzung: 20.05 Uhr

* * *

